Montag, den 4. September 1922. 94. Jahrgang. — Nr. 206.

Bochumer Zeitung
Märkischer Sprecher

Rheinisch-Westfälisches Tageblatt
Amtliches Kreisblatt für Stadt- und Landkreis Bochum

Druck und Verlag: Buchdruckerei Wilh. Stumpf, Kommanditgesellschaft Bochum.
Geschäftsstelle: Buddenbergstr. 11, Fernsprecher 125. — Postscheckkonto Dortmund Nr. 3695.
Schriftleitung: Buddenbergstr. 4. Fernsprecher 3875.

Bezugspreis: In Bochum u. Umgebung monatlich 120.— Mk., durch die Post bezogen vierteljährlich 450.— Mk., frei Haus. — Erscheint an allen Werktagen morgens. — Für unverlangte Einsendungen haftet die Schriftleitung nicht. Rückporto ist beizufügen. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung des Blattes oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.
Kostenlose Unfall-Unterstützung von 3000 Mark gemäß unseren Bedingungen.

Anzeigenpreis: Im Verbreitungsbezirk 3,50 Mk., Familienanzeigen 3,00 Mk., Stellengesuche 2,40 Mk.; außerhalb 4,00 Mk. für 1 mm Höhe und 33 mm Spaltenbreite; im Reklameteil, 77 mm Spaltenbreite, für 1 mm Höhe 16.— Mk. Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Beilagengebühr nach Uebereinkunft. — Bei zwangsweiser Betreibung der Einrückungsgebühren durch Klage oder in Konkursfällen wird der bewilligte Rabatt hinfällig. — Annahmeschluß von Anzeigen abends 7 Uhr, für größere nachmittags 4 Uhr

Nach der Entscheidung.

Die deutsche Regierungspresse fährt fort, den Kopf in den Sand zu stecken. Sie sucht der Pariser Entscheidung nur das Beste abzugewinnen, spricht von einer Atempause, obschon der Zahlungsaufschub tatsächlich glatt abgelehnt worden ist. Wir sollen bis 31. Dezember 1922 Schatzbons in Höhe von 270 Millionen Goldmark geben. Belgien hat die Absicht, diese zu diskontieren, d. h. sich Barmittel zu verschaffen. Die Schatzbons sollen eine Laufzeit von 6 Monaten haben, gute Unterschriften tragen, wozu die der Reichsregierung allein nicht ausreichen. Von einer Atempause kann gar keine Rede sein, umsoweniger, als auch die Sachlieferungen unverändert bestehen bleiben. Wenn die deutsche Regierung diese Bedingungen annimmt, so muß sie sofort Sorge tragen, für die Bons Deckung zu schaffen. Eine Ueberführung von Goldsicherheiten nach Belgien oder in das besetzte Gebiet kann deshalb nicht in Frage kommen, weil das Reich über Goldmarkbestände nicht verfügt. Der Goldschatz der Reichsbank ist Eigentum der Reichsbank, haftet als solcher auch nicht für Verpflichtungen des Reiches. Unterschriften der Großbanken, die angeregt worden sind, lassen sich nicht beibringen. Denn die Großbanken würden sonst auf ihren Unterschriften festsitzen. Sie können noch weniger zahlen als wie das Reich, trotz der Riesenumsätze in Papiermilliarden. Der Reingewinn aller vier D-Banken hat 1921 noch nicht 100 Millionen Goldmark betragen. Er wird auch 1922 nicht viel höher, eher noch niedriger sein. Der Zweck des belgischen Vorschlages ist offenbar der, Deutschland in Verzug zu bringen. Alsdann muß der Wiederherstellungs-Ausschuß Verfehlungen feststellen, sodaß der Weg zu Strafmaßnahmen frei ist. Die Hoffnung auf eine internationale Anleihe, die bis zum Winter aufgelegt werden könnte, ist eine Hoffnung, weiter nichts. Im Herbst soll allerdings eine neue Tagung steigen, mit der Aufgabe, das Anleihe- und Schuldenproblem zu lösen. Die Aussichten für Deutschland, eine internationale Anleihe zu erhalten, sind heute noch geringer als im Frühjahr. Selbst wenn es sich nur um eine begrenzte Anleihe handelt, die bestimmt ist, die Schatzbons einzulösen, so ist es doch erforderlich, sie mit hochwertigen Sicherheiten auszustatten, die Deutschland nicht geben kann. Der Ertrag der deutschen Wirtschaft reicht nicht einmal aus, um die notwendigen Rohstoffe und Nahrungsmittel im Ausland zu bezahlen. Die deutsche Regierungspresse sucht die Entscheidung auch dadurch als Erfolg und Atempause herauszuputzen, daß sie die Hilfe der Vereinigten Staaten in Aussicht stellt. Vielleicht hätten die Einflüsterer dieser Presse die Ausführungen Keynes über die internationale Kredithilfe mit Nutzen studieren können. Endlich darf nicht übersehen werden, daß sich der Wiederherstellungsausschuß Eingriffe in die deutsche Finanzhoheit vorbehalten hat. Vor jeder Währungsreform muß die Steuerreform vorhergehen. Die deutsche Wirtschaft muß sonst unvermeidlich unter der Uebersteuerung zusammenbrechen.

Die streitbare Kirche.

In der bayerischen Hauptstadt hat der deutsche Katholizismus den großartigen Versuch gemacht, sich selbst als Kulturblock in ein noch zu gründendes neues Deutschland einzufügen und sich von Fesseln zu befreien, die nachrevolutionäre politische Taktik selbst anlegte. Man hat den in Jahrtausenden erwachsenen Universalismus Roms stets dem Nationalbewußtsein der modernen Völker entgegengesetzt, und deutsche Katholiken haben deshalb schwere Gewissenskämpfe durchgefochten. Neuerdings hat der Katholizismus auch in Deutschland versucht, die Synthese herbeizuführen. Das ist eine Bewegung geistiger Natur von allergrößter Bedeutung für das Schicksal der konfessionell zerklüfteten deutschen Nation. Ein Burgfrieden zwischen Katholiken und Protestanten ist die Vorbedingung des Werdens einer deutschen und christlichen Nation. Nach einem Umwege über linksgerichtete Zentrumspolitik kehrt der deutsche Katholizismus zurück zur Ideengruppe der Görres und der „Historischen Jahrbücher".

Natürlich ist Schwanken noch Zeichen katholischer Politik. Wenn der Anhänger der Wittelsbacher, Kardinal Faulhaber, die Revolution als meineidig brandmarkte und die Weimarer Verfassung als unchristlich verwarf, so sprach hier der autoritäre Geist, dessen Ideal eben ein christlicher Staat ist. Peinlicher und schroffer konnte die Neuorientierung nicht betont werden, wenn man sich vergegenwärtigt, daß eben der Erzbergerflügel des Zentrums, dem der Kanzler Wirth entstammt, die Revolution und ihre verfassungsrechtliche Ausgestaltung begrüßte. Wirth, der auf dem vorjährigen Katholikentag unter dem Eindruck des Mordes an Erzberger die Massen mit sich riß, hat anscheinend im Zentrum nicht mehr den Boden wie früher, in der katholischen Welt scheint er aber als Politiker ausgespielt zu haben. Wenigstens läßt sich, abgesehen von gelegentlichen Erklärungen, die republikanisch klangen, kein größerer Gegensatz denken als der zwischen Wirths linksseitiger Orientierung und dem Kampfruf gegen Sozialismus und demokratisierenden Materialismus, der auf dem Gebiete der Religion, Kultur, Berufspolitik und Wirtschaft, von den verschiedensten Rednern in München erhoben wurde. Der Antimarxismus Stegerwalds und der hinter ihm stehenden Gewerkschaften ist völkisch-christlich gebunden. Er sucht die Arbeitsgemeinschaft, nicht den Klassenkampf der Nation. Und er entspringt letzten Endes einer christlichen und vaterländischen Einstellung. Hier ist der Zentrumsturm zu eng geworden. Er diente als Bollwerk, solange der Katholizismus in Deutschland um seine Existenz ringen zu müssen glaubte. Seitdem Katholiken in anderen Parteien wirken und der Abgrund zwischen dem marxistisch-materialistischen Internationalismus des Klassenkampfes und der national-christlichen Idee der Volksgemeinschaft immer schroffer sich auftat, muß der Katholizismus als Kulturblock eine Orientierung nehmen, die der offiziellen der Zentrumspartei ständig entgegengesetzter wird. Der Katholizismus wird vom Zentrumsturm erlöst und sucht mit den Gleichgesinnten in anderen konfessionellen Lagern die Einheitsfront herzustellen.

Diese Versuche sind auf Fernsicht eingestellt, und der deutsche Protestantismus ist durchaus und anerkannter Mitstreiter. Der Block von 19 Millionen deutscher Katholiken ist von ungeheuerlichem Einfluß auf unser Schicksal. Daß er in München sich zum Deutschtum und christlichen Staat bekannte, wird vielleicht nicht sehr schnell sich politisch auswirken, aber im Streit um den Geist der neuen Zeit ist damit eine erfreuliche Entscheidung gefallen. . . .

Weitere Maßnahmen zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Notlage.

Im Rahmen der von der Reichsregierung unternommenen Aktion zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Notlage sind vom Reichsarbeitsministerium eine Reihe von Maßnahmen in die Wege geleitet worden. Die

Rentenempfänger aus der Invaliden- und Angestelltenversicherung

erhielten bisher schon neben einer erhöhten Rente laufende Unterstützungen. Zu außerordentlichen Notstandsmaßnahmen stellt das Reich jetzt außerdem den

Betrag von 1 Milliarde Mark

den Ländern zur Verfügung. Diese oder die Gemeinden oder beide zusammen sollen dazu aus eigenen Mitteln mindestens ein Fünftel beisteuern, so daß rund 1,22 Milliarden außerordentliche Mittel zur Linderung der gegenwärtigen Notlage der Sozialrentner alsbald verwendbar sind.

Auf dem Gebiet der Krankenversicherung wird eine Aufbesserung der Leistungen durch Heraufsetzung der Höchstgrenze für die Bemessung des Grundlohnes vorgesehen. Außerdem wird die Versicherungsgrenze erhöht. Auf dem Gebiet der Unfallversicherung wird ebenfalls eine Erhöhung der Versicherungsgrenze und einiger für die Berechnung der Leistungen maßgebender Beträge erfolgen. Auch in der Angestelltenversicherung wird die Versicherungsgrenze erhöht werden.

Die Reichszuschüsse an die Länder für die Maßnahmen zur Unterstützung notleidender Kleinrentner sind von 500 Millionen auf eine Milliarde erhöht worden. Die

Teuerungszuschüsse für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene,

die durch Gesetz vom 21. 7. 22. mit Wirkung vom 1. 8. 22 ab neu geregelt worden sind, sind durch Verordnung vom 11. 8. 22. für September um durchschnittlich 66⅔ Proz. erhöht. Außerdem soll noch im September eine Nachzahlung erfolgen, die durchschnittlich die höchste Summe der am 1. 9. zahlbaren Teuerungszuschüsse betragen wird, so daß die Teuerungszuschüsse gegenüber dem August insgesamt um 140—200 Prozent erhöht sind. Die Reichsmittel der sozialen Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenen-Fürsorge sind bereits von 500 Millionen auf 1 Milliarde erhöht worden.

Der polenfreundliche Völkerbund.

Der Völkerbundsrat entschied in einer öffentlichen und zum Teil dramatisch erregten Sitzung die für Danzig ungeheuer wichtige Frage der polnischen Material- und Explosivstoffanlagen auf dem Gebiet der Freistadt Danzig, und zwar in polnischem Sinn. Er bestätigte die Entscheidung des Völkerbundskommissars, des Generals Hikings, der eine künftige Munitionsanlage auf dem rechten Ufer der großen Weichsel und ein vorläufiges Lager auf der Holm-Insel, also in der Stadt selbst, verlangt. Der lebhafte Protest des Präsidenten der Freistadt Danzig, Dr. Sahm, der auf die ungeheure Gefährdung der Stadt und der Bevölkerung durch die ständige Explosivgefahr hinwies, blieb ohne Wirkung. Diese Gefahr ist umso größer, als das vorläufige Lager auf der Holm-Insel infolge der ungeheuren Kosten einer Neuanlage zu einer dauernden Einrichtung und daher auch zu einer dauernden Gefahr für Leben und Gut der Danziger Bevölkerung zu werden droht.

Auch bei der Verwaltung des Weichsellandes, die laut Vorschlag des Völkerbundsekretariats durch den Hafenausschuß erfolgen soll, begnügte sich der Völkerbundsrat damit, den Beschluß des Kommissariats zu bestätigen.

*

Die gestrige Sitzung des Völkerbundsrates, in der die Schaffung eines Munitionslagers auf dem Gebiete der Freien Stadt Danzig beschlossen wurde, hinterließ bei denen in Genf weilenden Vertretern Danzigs, dem Präsidenten des Senats Dr. Sahm, dem Finanzsekretär Volkmann und dem Regierungsrat Dr. Faerber einen peinlichen Eindruck. Der Beschluß, den polnischen militärischen Interessen die Sicherheit der Danziger Bevölkerung zu opfern, mußte umso niederschmetternder wirken, als der Berichterstatter des Rates, Graf Ishii, sich im Laufe der Sitzung überzeugte, daß die Frage noch nicht spruchreif sei und daher Vertagung und Neuprüfung beantragt hatte. Nach einer ziemlich verworrenen Debatte verzichtete der Rat auf Neuprüfung und stimmte, wie oben gemeldet, den polenfreundlichen Beschlüssen zu.

Wie sie schmarotzen.

Die gewaltigen Unkosten der Rheinlandbesatzung sind bereits in Denkschriften des Reichsschatzministers eingehend geschildert worden. Von neuen Anforderungen der Besatzung, die der „Frkf. Ztg." bekannt geworden sind, seien hier noch einige Beispiele genannt: In Höchst a. M. müssen neue umfangreiche Kasernenanlagen für Infanterie und neben zirka 20 Unteroffizierswohnungen eine Unteroffiziersmesse, ein maurisches Cafe und ein Lazarettgebäude, ein Schulschießstand und ein Munitionsdepot nach den französischen Wünschen errichtet werden. Die Gesamtkosten für die Neubauten sollen sich auf etwa 145 Millionen Mark belaufen. In Kreuznach wird eine Kaserne für eine Trainkompagnie und eine Kaserne für ein Artillerieregiment errichtet. Das Trainka-

Poincares Antwort auf die Balfour-Note.

Paris, 2. Sept. Poincare richtete an den britischen Botschafter in Beantwortung der durch Lord Balfour der französischen Regierung am 1. 8. übermittelten Note betr. Regelung der interalliierten Schulden ein Schreiben, in dem es heißt, die französische Regierung sei wie die britische Regierung überzeugt, daß das Reparationsproblem keine endgültige Lösung finden könne, wenn es nicht in irgend einer Form mit dem Problem der interalliierten Schulden verknüpft wird. Es erscheine natürlich, daß diese Frage nach jeder Richtung hin geprüft werde durch eine Konferenz, zu der alle Beteiligten alliierten Staaten ohne Ausnahme berufen würden. Dies hätte auf der letzten Konferenz in London geschehen können, wenn die britische Regierung nicht im voraus durch ihre Note vom 1. 8. ihre Stellung festgelegt hätte, dadurch, daß sie die französische Regierung ersucht habe, sich darauf vorzubereiten, in dem Maße zu zahlen, in welchem England genötigt sein werde, an die Vereinigten Staaten zu zahlen.

Das Schreiben Poincares macht darauf aufmerksam, daß die Kriegsschulden der Alliierten auf die Reparationsschuld nicht einander gleichgesetzt werden könnten, da die ersteren im Interesse der gemeinsamen Sache aufgenommen seien und die Einkäufe, zu denen sie gedient hätten, wesentlich zum Sieg beigetragen hätten. Während der Vorbereitung des Friedensvertrages hätten die siegreichen Länder zum erstenmal in der Geschichte beschlossen, von dem besiegten Land keine Kriegskosten zu fordern. (!) Die alliierten Schulden seien nicht für den eigenen Nutzen einzelner Staaten, sondern für das gemeinsame Ziel gemacht worden. Dagegen seien die Reparationsschulden Deutschlands Folgen freiwilliger und in der Mehrzahl überflüssiger (!) Zerstörungen und Zahlung der Pensionen. Die notwendigen Reparationen müßten natürlich das Vorrecht vor jeder anderen Regelung haben. Soweit Frankreich in Frage komme, das am meisten durch die Zerstörung seines Gebietes getroffen wurde, habe es sich gezwungen gesehen, da die von Deutschland versprochenen Zahlungen nicht geleistet wurden, selbst an den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete heranzutreten. Die Vorschüsse dafür verursachten den gegenwärtigen Fehlbetrag des französischen Haushalts. Es kann für Frankreich nicht die Rede davon sein, irgend eine Regelung der Schulden, die es während des Krieges einging, in Erwägung zu ziehen, solange die Ausgaben, die es vorgenommen hat, und die es noch vornehmen muß für den Wiederaufbau seiner verwüsteten Gebiete, nicht direkt durch Deutschland oder durch eine Kombination gedeckt sind, die es gestatten würde, einen genügenden Teil der Forderungen zu mobilisieren. Sobald Deutschland einmal diesen Verpflichtungen nachgekommen sei, die vor allen anderen das Vorrecht haben müssen, würde die französische Regierung keinen Widerspruch dagegen erheben, daß man eine allgemeine Regelung der interalliierten Schulden in Erwägung ziehe.

Außerdem würden, wenn es sich für die französische Regierung darum handeln wird, insbesondere die Regelung der britischen Forderungen zu prüfen, gewisse Erwägungen zu berücksichtigen sein. In erster Linie würde die französische Regierung, die in den Vereinigten Staaten und in Großbritannien nur Geld aufgenommen habe, um ihre eigenen Einkäufe zu decken, und ohne damals von den Garantien eines Dritten zu reden, einen Unterschied zwischen den gegenüber diesen beiden Ländern eingegangenen Kriegsschulden machen müssen.

Ein Teil der französischen Schulden gegenüber den Vereinigten Staaten entstand nach dem Waffenstillstand, um den Anteil amerikanischer Vorrechte sicherzustellen, die für den französischen Staatsschatz wieder verkauft wurden. Bei diesem Teil handelt es sich um eine zweifellos geschäftliche Schuld. Man darf aber nicht vergessen, daß die Vereinigten Staaten in den Krieg eingetreten sind, ohne daß ihre Existenz direkt bedroht war wie die Frankreichs, daß außerdem nicht allein seine Unabhängigkeit zu schützen hatte, sondern auch Leben und Eigentum seiner Staatsangehörigen.

Außerdem muß der Betrag der britischen Forderungen, die effektiv noch nicht zahlenmäßig festgestellt sind, gerechterweise Gegenstand einer Prüfung sein, so z. B. bei der Ueberweisung von Material und Lebensmitteln zwischen den Alliierten. Die englische Intendantur hat sich diese gemachten Lieferungen zu einem erhöhten Preise gutgeschrieben und diesen um die allgemeinen Unkosten und die Ausfuhrgebühren des britischen Fiskus erhöht, während im Gegensatz dazu die französische Intendantur die Ueberweisungen an die englische Armee zu dem Tarif berechnete, wie sie bei Ueberweisungen von einer französischen Abteilung zur anderen französischen Abteilung berechnet werden, ohne die allgemeinen Unkosten und die Steuern zu berücksichtigen.

Wenn der Wiederherstellungsstand der verwüsteten Gebiete Frankreichs eine Regelung der Schulden zwischen den Alliierten gestattet, wird dieser Regelung eine neue Prüfung vorangehen müssen, um den Betrag der Schulden auf einer gerechten und gleichmäßigen Grundlage aufzustellen. Sie wird außerdem so allgemein wie möglich sein müssen. Die französische Regierung beansprucht, in dieser Hinsicht behandelt zu werden, wie sie selbst die gemeinsamen Alliierten behandelt. Sie fordert jetzt nicht die Zahlung von Summen, welche die Alliierten ihr schulden, sie gibt sich darüber Rechenschaft, daß moralisch oder materiell eine derartige Forderung unzulässig wäre, und sie denkt selbst nicht daran, sie aufzustellen."

Der Brief schließt:

„Wenn auch die Regierung der Republik den Geist ehrt, in welchem die britische Regierung das Problem der interalliierten Schulden zu regeln wünscht, glaubt sie doch, ihre Aufmerksamkeit auf die vorstehenden Erwägungen lenken zu sollen. In diesem Vorbehalt ist sie wie die englische Regierung der Ansicht, daß die allgemeine Regelung der Schulden, wenn sie um den Preis gegenseitiger Opfer durchgeführt würde, für die Menschheit gewinnbringend wäre."

Was England dazu sagt.

Zur Antwort Poincares auf die Balfournote schreibt die „Times", die Tatsache, daß diese Antwort erfolgte, deute auf eine neue Bewegung seitens Frankreichs hin, an der wirklichen aufbauenden Richtung teilzunehmen. Diese Bewegung müsse auf britischer Seite warm gefördert werden. Die wirklichen Schwierigkeiten der französischen Lage müßten voll anerkannt werden, und die britische Regierung müsse, statt das Zusammenwirken durch Maßnahmen, wie die Balfournote, zu vereiteln, und im Zusammenhang mit der Reparationsfrage eine negative Haltung einzunehmen, sich freimachen, um Deutschland zahlen zu lassen, was es zahlen könne.

Daily News schreibt, die Tatsache, daß Amerika nicht gewillt ist, England seine Schulden zu erlassen, vermindere in keiner Weise die Dringlichkeit einer Regelung mit Deutschland und Frankreich. Die öffentliche Meinung Englands erwarte, daß die britische Regierung, nachdem sie ihre Geste gemacht habe, nicht nur keinerlei Schwierigkeiten in den alliierten Konferenzen legen, sondern ihr jede Förderung und Unterstützung angedeihen lassen werde. Das Blatt bezeichnet die Schulden Frankreichs an Großbritannien als eine schlechte Schuld, mit der man nur eins tun könne: es könne damit erreicht werden, daß die deutschen Reparationen gestrichen würden. Durch diese Anwendung der französischen Schuld verliere England nichts und gewinne alles. Weshalb solle man da noch zögern?

Die Zeit für die Vereinigten Staaten „noch nicht gekommen".

Reuter meldet aus Washington: Im Weißen Hause wurde erklärt, daß die amerikanische Teilnahme an der Erörterung der Wiederherstellungsprobleme der Welt zu einem zukünftigen Zeitpunkt „unvermeidlich" sei. Augenblicklich sei der Präsident noch der Ansicht, daß die Zeit für die Vereinigten Staaten noch nicht gekommen sei, um an den im Auslande stattfindenden wirtschaftlichen Erörterungen teilzunehmen. Außerdem wurde erklärt, der Präsident sei der Meinung, daß die Nationen Europas einsehen, daß die Wiederherstellung der ganzen Welt von der Regelung der Frage der internationalen Schulden, einschließlich der Reparationen, abhänge. Vonseiten des Wortführers des Weißen Hauses wurde noch erklärt, daß, wenn die Staatsmänner Europas bei ihrer Erörterung der wirtschaftlichen Verbesserungen zu dem Punkte gelangen, wo der Rat der Vereinigten Staaten gebraucht werde, Amerika nicht abseits stehen werde. Der Präsident, so heißt es, sehe auch die Erneuerung der Handelsbeziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Rußland bis zu einem gewissen Maße günstig an und hoffe, daß der Weg dazu immer noch gefunden werden könne.

sernenbau soll über 17 Millionen Mark kosten. Für die Artilleriekaserne sollen bisher schon 60 Millionen Mark vorgesehen sein. Andere Kasernenbauten werden in Ems, Königstein, Langensalzach, Kirn, Oberstein und eventuell auch in Nassau errichtet. Uebrigens fährt auch Belgien damit fort, die Militärlasten mehr und mehr auf das ausgesogene Deutschland abzuwälzen und seine Truppenmacht zu verstärken. Einer belgischen Meldung zufolge soll nämlich das 9. belgische Artillerieregiment von dem ehemaligen Truppenübungsplatz Elzenburg nach dem besetzten Gebiet in die Garnisonen Homberg, Rheinkamp, Geldern und Alpenrith und sogar teilweise in das Sanktionsgebiet verlegt werden.

Aufruf zur Bildung einer deutschen Volks- und Schicksalsgemeinschaft.

Das Präsidium des Reichsbürgerrats erläßt folgenden Aufruf zur Bildung einer deutschen Volks- und Schicksalsgemeinschaft:

Die Reparationskommission hat die internationale Krisis durch ihre letzte Entscheidung vertagt. Sie hat keine Entscheidung gefällt, die eine Lösung unserer inneren und äußeren Sorgen in Aussicht stellen kann. Die wirtschaftliche Krisis Deutschlands dauert damit an. Ihre Ursache liegt einmal in der Fortsetzung des Krieges gegen Deutschland trotz des Friedensschlusses. Sie liegt aber auch zum Teil darin, daß das deutsche Volk einen Raubbau der egoistischen Interessen am Staate getrieben hat, statt seine letzten Kräfte zur Abwehr der Ausraubung durch den Feind zu verwenden. Den völligen Untergang des Staates und des deutschen Wirtschaftskörpers kann das deutsche Volk nur durch Zusammenschluß zur Volks- und Schicksalsgemeinschaft verhindern. Sämtliche dem Reichsbürgerrat angeschlossenen Organisationen haben im Juni ds. Js. in Bremen sich auf das Programm der Schaffung einer Volks- und Schicksalsgemeinschaft geeinigt. Dieses Programm hat damals in Deutschland den weitesten Widerhall gefunden. Gleichzeitig gaben, vor und während des Ausbruches der Wirtschaftskatastrophe, Führer des Wirtschaftslebens im Lager der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer, insbesondere im Zeichen des Hilfswerks der Landwirtschaft und der Einigung über Ausdehnung der Arbeit im Kohlenbergbau, einen deutlichen Beweis dafür, daß der Gedanke der Volks- und Schicksalsgemeinschaft auf einzelnen Gebieten sich bereits durchzusetzen beginnt. Wir brauchen heute eine, das ganze Volk ohne Unterschied umfassende Politik der nationalen und kulturellen Einheit, eine Wirtschaftspolitik, die die enge Verkettung aller Volksgenossen berücksichtigt, ein Parlament der Leistungen, eine opferfreudige Sozialpolitik der wirtschaftlich Starken, die in allen sogenannten Klassen zu finden sind, einen nicht nur mit den Mitteln der Gesetze, sondern aus dem energischen Willen des ganzen Volkes herauswachsenden Kampf gegen jede egoistische Ausbeutung und jede egoistische Ausnutzung unserer Not und die restlose Einsetzung der Arbeitskraft jedes Einzelnen für die Gesamtheit. Wir fordern alle uns angeschlossenen Organisationen auf, mit allen Mitteln die langsam erwachende Erkenntnis des Volkes über die Notwendigkeit einer Volks- und Schicksalsgemeinschaft zu fördern und durch den Beweis der Tat im kleinen gesetzlichen Maßnahmen im großen den Weg zu bahnen. Wir fordern das ganze deutsche Volk auf, dieser positiven Arbeit sich zuzuwenden, statt sich unter dem Druck der Not selbst zu zerfleischen.

Die Lebensmittel-Unruhen.

die am Freitag in den Vororten der Reichshauptstadt sogar zu blutigen Zusammenstößen mit der Polizei führten und fast in Straßenschlachten auszuarten drohten, sind ein Warnungszeichen, das mit allem Ernst beachtet werden muß. Die Beunruhigung des Volkes über die fortschreitende Teuerung aller Bedarfsartikel ist eine außerordentliche, und es ist Aufgabe eines jeden ruhigen Mannes, aufklärend und beschwichtigend zu wirken. Wenn uns die Entscheidung, die in Paris gefallen ist, eine gewisse Atempause läßt, die nicht ohne Einfluß auf den Kurs unserer Zahlungsmittel sein kann, so darf sie doch keine falschen Hoffnungen auf einen nun plötzlich erfolgenden Abbau aller Preise erwecken. Die Enttäuschung, die einer solchen falschen Hoffnung folgen würde, müßte alle Untriebe entfesseln und gefährliche Auswirkungen mit sich bringen. Sind doch schon wieder die Sendlinge Moskaus, die bei einer noch so kleinen Erleichterung in der außenpolitischen Lage Deutschlands alle ihre Felle wegschwimmen sehen, eifrigst an der Arbeit, die Lebensmittelteuerung für ihre Zwecke zu benutzen. Es ist nicht ohne Bedeutung, daß bei den Lebensmittelkrawallen in Eberswalde bei Berlin als Führer der russische Kommunist Romanowski erschossen wurde. Dieser Vorfall zeigt, daß die Massen immer noch gewillt sind, auf fremde Agitatoren zu hören, und legt den politischen Führern der Arbeiterschaft, mögen sie nun zur S. P. D. oder zur U. S. P. D. gehören, ganz besondere Verantwortung auf. Diese Führer dürfen sich nicht mehr auf einen kurzen Aufruf an ihre Anhängerschaft beschränken, sondern sie müssen das, was sie für richtig erkannt haben, persönlich in die Masse hineintragen.

Teuerungskrawalle in dieser gespannten Zeit schlagen allzu leicht in politische Unruhen um. Gelingt es aber Moskau gerade jetzt, Deutschland in einen neuen Aufruhrherd zu verwandeln, so ist das Geschick unseres Vaterlandes besiegelt.

Für Mordtaten seiner Soldaten „außer Dienst" haftet Frankreich nicht.

Die noch immer zunehmenden Gewalt-, Blut- und Mordtaten von Angehörigen der Besatzungstruppen gegen deutsche Volksgenossen im besetzten Gebiet sind leider beinahe etwas alltägliches geworden, so daß man sich außerhalb der besetzten Gebiete kaum noch darüber aufhält. Statt damit genug, daß die unglücklichen Opfer dieser Schandtaten weißer und farbiger Soldaten der Besatzungsarmee größte körperliche und seelische Leiden, vielfach sogar dauernde Gebrechen und Siechtum erdulden müssen, geraten sie in vielen Fällen in schwerste materielle Bedrängnis. In letzter Zeit ist wiederholt bekannt geworden, daß die Besatzungsbehörden Entschädigungen an die Opfer oder deren Hinterbliebenen abgelehnt haben.

Ein besonders krasser Fall wird, falls er die Absicht hat, darauf einzugehen, nun auch den Völkerbund beschäftigen. Es handelt sich um den in der Nacht vom 27. zum 28. Oktober 1921 durch den französischen Sergeanten Leon Josef Pillard ermordeten Kaufmann Jennewein in Saarbrücken.

Der Täter wurde wegen dieser Bluttat vom französischen Kriegsgericht zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt — ob er sie auch verbüßt, ist nicht bekannt geworden. Der Getötete hinterließ Frau und fünf schulpflichtige Kinder, die durch die ruchlose Tat ihres Ernährers beraubt, in eine furchtbare Notlage gerieten. Auf eine Eingabe an den Kommandanten der im Saargebiet befindlichen Truppen, General Brissaud de Maillet um Gewährung einer fortlaufenden Zuwendung erhielt Frau Jennewein den geradezu frivolen Bescheid, **„der französische Soldat sei nicht im Dienste gewesen, er habe seine Tat infolgedessen als Privatperson begangen und sei mithin für seine Tat ausschließlich wie eine Privatperson verantwortlich. Für den französischen Staat könnte keinerlei Schadenersatzverpflichtung anerkannt werden, hinsichtlich der Verbrechen, die ein französischer Soldat außerhalb seines Dienstes begehe."** Es wurde ihr deshalb anheimgestellt, ihre Schadenersatzansprüche im Zivilrechtswege gegen den Urheber der Schaden stiftenden Tat geltend zu machen. Auch ein zweites Gesuch der Witwe an die Regierungskommission blieb ohne Erfolg. Die Regierungskommission des Saargebiets teilte der Witwe mit, sie könne nur die Richtigkeit der Darlegungen des kommandierenden Generals bestätigen.

Die Liberale Volkspartei des Saargebiets hat es daher für ihre Pflicht gehalten, diesen jedem menschlichen Empfinden hohnsprechenden Fall dem Völkerbund zu unterbreiten. Sie führt in der Eingabe aus, daß die Regierungskommission wenigstens den Versuch hätte machen müssen, von der französischen Regierung die Gewährung einer fortlaufenden Unterstützung an die Familie zu erlangen. Auf den abschlägigen Bescheid hätte sie die Pflicht gehabt, ihre Wohlfahrtsabteilung mit der Angelegenheit zu betrauen. Darüber hinaus sagt die Eingabe, wenn der kommandierende General mit seiner Auffassung Recht behalte, so bedeute das, daß die unter dem Schutz des Völkerbundes stehenden Saarbewohner den Willkürakten französischer Soldaten schutzlos preisgegeben sind. Sie gibt der Ueberzeugung Ausdruck, daß der Völkerbund diesen Standpunkt der Regierungskommission und des kommandierenden Generals nicht zu teilen vermag und bittet um eine prinzipielle Erklärung in dieser für die öffentliche Sicherheit hoch bedeutsamen Rechtsfrage.

Der Fall erhält noch dadurch eine besondere Bedeutung, wenn man berücksichtigt, daß nach den Bestimmungen des Versailler Vertrages im Saargebiet kein französisches Militär anwesend sein darf. Der französische Sergeant Pillard, der Mörder, hielt sich aber auf Befehl des französischen Kriegsministeriums im Saargebiet auf, war also während der Dauer seines Kommandos ständig im Dienst. Wenn die französischen Besatzungsbehörden dennoch eine Entschädigung für den Schaden, den ihre Soldaten anrichten, ablehnen, so wird damit die ganze zynische und frivole Auffassung gekennzeichnet, von der die französische Politik gegen Deutschland erfüllt ist. Der Fall Jennewein ist dafür typisch.

Turnen, Spiel und Sport.

Wettgehen „Rund um Bochum" 16,5 km

Das erste Wettgehen in Bochum, veranstaltet vom Sportverein Weitmar, brachte einen vollen Erfolg. Bereits ½ Stunde vor Beginn der Veranstaltung hatte sich eine große Zuschauermenge am Wilhelmsplatz versammelt, die das neue Schauspiel sehen wollten. Einige Minuten nach 11 Uhr verließ das starke Feld, etwa 60 Mann, den Start und nahm seinen Weg über Friedrichstraße, Hattinzerstraße, Blumenfeld-, Kaiser-, Haupt-, Essener-, Wattenscheider-, Gahlensche-, Dorstener-, Hernerstraße zum Sportplatz des Ballspielvereins Westfalia Bochum, wo noch drei Platzrunden gelaufen wurden.

Die Sieger.

Die 16½ Kilometer lange Strecke wurde in 1 Stunde 21 Minuten durchgegangen, und als erster zerriß unter großem Beifall der zahlreichen Zuschauer der zweite deutsche Meister Pöhler, Sp. V. 06 M.-Gladbach, das Zielband. 2. wurde Richard Schölz, T. u. Sp. V. 48 Duisburg (Deutscher Meister) in 1 St. 21 Min. 24 Sek., 3. der westdeutsche Meister Rodenbüscher, T. u. Sp. V. 48 Duisburg.

Die Ergebnisse der Klassen.

Klasse 1 (bis 18 Jahre): 1. Lützenkirchen, Duisburg, 2. Bohwinkel, Turnv. Duisburg, 3. Kühenn, B.-V. 07, Langendreer.

Klasse 2 (bis 24 Jahre): 1. Rödenbücher, T.- u. Sp. 48, Duisburg, 2. Reus, Duisburg, 3. Sicheilskirchen, Duisburg.

Klasse 3 (bis 30 Jahre): 1. Pöhler, Sp.-V. 06, München-Gladbach, 2. Servos, Eintracht, Düsseldorf, 3. Stracke, Sportverein Weitmar.

Klasse 4 (über 30 Jahre): 1. Richard Schölz, T. u. Sp. 48, Duisburg, 2. Birker, Sp. u. Sp., Krebsöge, 3. Sigurd, Düsseldorfer Sportklub 99.

Klasse 5 (Polizeivereine): 1. Polizei-Unterwachtmeister Winkler, Elberfeld, 2. Polizei-Unterwachtmeister Schön, Elberfeld, 3. Polizei-Unterwachtmeister Grobel, Münster.

Fußball:

B. V. Westfalia — B. V. 07 Bochum 2:1. Zur Zeit des Wettgehens sollte das Treffen auf dem Westfaliasportplatz zum Austrag kommen. Anstoß sollte 11 Uhr sein. Westfalia war wohl zur Stelle, aber der B. V. 07 fehlte. Man wartete bis 12 Uhr, bis 7 Mann der 07. erschienen. Etwa 20 Minuten wurde gespielt, dann mußte das Treffen bei 2:1 abgebrochen werden, weil bereits die ersten Geber ankamen.

Bochum 48 — Arminia Bielefeld 2:1. Bochum 48 schlägt den westdeutschen Meister knapp 2:1. Mancher Sportler wird aufhorchen, doch es ist halb so gefährlich. — Denn der Meister spielte mit Ersatz. Die Bielefelder Kanone Claus-Oehler war nirgends zu finden, sondern ließ sich vertreten durch Wortelmann, früher Werne. Weiterhin hatte Arminia eine ganze Portion mehr vom Spiel. Nach Halbzeit kam Bochum eine Zeitlang garnicht aus seine Hälfte heraus. Die Arminenelf zeigte das ihrem Rufe entsprechende Können. Sie spielte einen technisch feinen Kombinationsfußball. Im Innentrio merkte man schon nach einigen Minuten, daß Claus-Oehler fehlte. Wortelmann war zwar technisch gut, doch fehlte ihm der Schuß, anscheinend getraute er sich nicht zu schießen. Die Außenstürmer fielen etwas ab, dagegen kam zum Schluß der Rechtsaußen besser auf. Läuferreihe und Verteidigung waren voll auf dem Posten. Ganz besonders glänzten der rechte Läufer und die rechte Verteidigung. Der Torwart schien anfangs unsicher. Die 48er konnten gegen diese technische Gästeelf garnicht aufkommen. Die sonst so gute Läuferreihe war vollständig kaltgestellt. Verteidigung und Torwart hatten harte Arbeit zu verrichten. Im Sturm konnten nur Mittelstürmer und Linksaußen gefallen. Winkelmann spielt auch schon einen andern Fußball, wie früher. Der neue Linksaußen wurde zu wenig beschäftigt. Der Schiedsrichter Rosanius von Preußen Bochum war dem Spiele ein gerechter Leiter. Er hat es wirklich verstanden, das schwere Spiel gut zu leiten.

Ueber den Spielverlauf wäre kurz folgendes zu sagen: Arminia spielt mit Wind. 48 stößt an und legt sich gleich mächtig ins Zeug. Eine gute Gelegenheit wird durch Abseits unterbunden. Weiterhin liegt Bochum im Angriff, knapp schießt der Rechtsaußen A. Buddenhorn den Ball neben den Pfosten. Arminia kommt besser auf, doch kann sie nicht verhindern, daß die Bochumer durch ihren Rechtsaußen in Führung gehen. Zwei sichere Schüsse der Bielefelder prallen an der Latte ab. Gleich nach Wiederanstoß reißen die Arminen das Spiel an sich und schnüren die 48er eine Zeitlang ein. Die Platzbesitzer beschränken sich nur noch auf Durchbrüche und aus einem solchen fällt nach ½ stündigem Spiel durch Winkelmann das zweite Tor. Nach weiteren 5 Minuten ist endlich der verdiente Erfolg da. Nach wunderbarem Durchspiel des Arminensturmes fällt ihr einziges Tor. Bis auf einige „Rumpler" von seiten der Bochumer hat das Spiel bis zum Schluß keine besonderen Momente. Das Eckenverhältnis war 5:2 für Arminia. Das Resultat entsprach nicht dem Spielverlauf. Umgekehrt wäre am Platze gewesen.

Sportverein Hattingen — Sportvereinigung 04 Langendreer 1:0. Zu einem Meisterschaftsspiel weilten die Langendreerer in Hattingen und mußten eine knappe Niederlage hinnehmen. Das einzigste Tor fiel 15 Minuten nach Beginn durch den Hattinger Halblinken. Im übrigen war der Kampf während des ganzen Spiels durchweg offen. Beim Gast spielte die rechte Seite und der Torwart am besten. Beim Platzverein glänzten der Mittelläufer Vogelsang und der Halblinke. Reichenberg im Tor war erstklassig.

Ergebnisse:

B. V. Altenessen — 1. F. Cl. Nürnberg 1:3.
Hammer Spielv. — Allemannia Dortmund 0:3.
Phönix Bochum — Sportklub Dahlhausen 1:3.
T. V. Eickel — Bochum-Ehrenfeld 6:1.

*

Der Fußballwettkampf der Nordwestdeutschen gegen die Westdeutschen gestern endete mit dem Siege von 3:0 für die Nordwestdeutschen.

Bei dieser Gelegenheit erinnert die „Saarbrücker Zeitung" daran, daß der französische Staat seinerzeit die deutsche Regierung zwang, 1 Million Frankenbuße zu zahlen für die Tötung eines französischen Soldaten in Berlin. Dabei weiß man, daß dieser, der französische Sergeant Mannesheim, in trunkenem Zustande die Passanten provozierte und dadurch den bedauerlichen Zwischenfall selbst herbeiführte.

Das Deutschlandlied als Nationalhymne.

w. **Berlin, 2. Sept. Der Reichspräsident bestätigte in einer Verfügung, daß entsprechend der Kundgebung vom 21. August 1922 die Reichswehr das Deutschlandlied als Nationalhymne zu führen hat.**

Interalliiertes Zeitungsverbot.

Durch Verfügung der Interalliierten Rheinlandkommission vom 1. September ist das Erscheinen der Kölnischen Zeitung vom 7. bis einschl. 19. September verboten.

Soziales Leben.

Die Zersplitterung in der Angestelltenbewegung, wie sie vor dem Kriege bestand, ist zum größten Teil durch den im November 1920 erfolgten Zusammenschluß von vier großen Angestelltenverbänden zum Gewerkschaftsbund der Angestellten GDA. beseitigt worden. Dieser Gewerkschaftsbund hält vom 9. bis 11. September seinen ersten Bundestag in Weimar ab und erstattet hierbei seinen Jahresbericht, der als ein 96 Seiten umfassendes Buch jetzt vorliegt.

Nach der Darstellung über den Organisationsaufbau besitzt der Bund am Jahresschluß 1114 Ortsgruppen im ganzen Reiche, die in 20 Gaue zusammengefaßt sind. In 20 Gaugeschäftsstellen und 82 Bezirks- und Ortsgeschäftsstellen mit rund 2500 Geschäftsführern, Gewerkschaftssekretären und Hilfsbeamten werden die Geschäfte dieser Großorganisation, die ihre Zentrale in Berlin und Verwaltungssitze in Hamburg und Leipzig hat, geführt. Die „GDA.-Zeitschrift" erscheint in einer Auflage von 320 000; daneben wird noch eine Jugendzeitschrift „Der Jugendbund im GDA." für die jugendlichen Mitglieder und der „Handelsstand im Auslande" für die Auslandsmitglieder herausgegeben. Ueber 100 Gau- und Ortszeitungen und ein umfassendes Schrifttum von bisher 21 Büchern und Heften über wirtschaftliche, sozialpolitische und fachwissenschaftliche Fragen geben Zeugnis von reichhaltiger geistiger Aufklärungstätigkeit.

Die Gewinn- und Verlustrechnung des Bundes zeigt eine Abschlußzahl von über 33 Millionen; die Selbsthilfeeinrichtungen, Krankenkasse, Witwen- und Waisenkasse, Altersversorgungskasse, balanzieren in Einnahme und Ausgabe zusammen mit rund 53 Millionen.

Der GDA. besitzt allein 7 Vertreter im Reichswirtschaftsrat, ist ferner in den Außenhandelsstellen, dem Eisenwirtschaftsbund, dem Reichskohlenrat vertreten, stellt Beiräte in den Wiederaufbau-, Post-, Verkehrs- und Reichswirtschaftsministerien, besitzt Reichsfachgruppen im Versicherungsgewerbe, im Bankgewerbe, in der chemischen Industrie, im Bergbau usw., die auf dem rund 17 000 Personen umfassenden Vertrauensmänner-System aufgebaut sind. — Die einzelnen Berichte über die sozialpolitische und wirtschaftspolitische Tätigkeit des GDA., über seine Stellenvermittelung, seinen Rechtsschutz, sein Jugend- und Bildungswesen, Buchverlag, Unterstützungswesen, Erholungsheime geben auch dem Außenstehenden ein Bild von der umfangreichen Arbeit, welche die heutige Zeit von einer Angestellten-Gewerkschaft erfordert.

Der enge Zusammenhang der Lohn- und Wirtschaftspolitik und der Wirtschaftsfragen der Angestellten mit der allgemeinen Volkswirtschaft bringen eine beträchtliche Erweiterung des Aufgabenkreises einer Angestelltengewerkschaft mit sich. Die dadurch bedingte größere Verantwortung ihrer Führer gegenüber dem Volksganzen läßt der Jahresbericht klar erkennen.

Kleine Nachrichten.

Berlin, 2. Sept. Der Leiter einer Kriminaldienstabteilung, Kriminalkommissar Frenz, der die erste Vorführung eines ins Polizeigewahrsam eingelieferten Strafgefangenen zu leiten hatte, wurde bei der Vernehmung eines Häftlings von Beamten der Kriminalpolizei verhaftet. Mit ihm wurde der diensttuende Wachtmeister Lenkbinat festgenommen. Außerdem nahm die Polizei den seit 17 Jahren in Deutschland weilenden Privatdetektiv Höhne fest. Die vier Personen stehen unter dem Verdacht, die Flucht des Geldschrankeinbrechers Pieper, der vor einigen Monaten aus dem Polizeipräsidium entwich, begünstigt zu haben.

Berlin, 2. Sept. Am 4. September beginnen die Verhandlungen der deutsch-polnischen Bevollmächtigten, um den Abschluß eines deutsch-polnischen Wirtschaftsvertrages vorzubereiten.

Paris, 2. Sept. Nach einer Meldung des Echo de Paris aus Barcelona wurde ein Zug, der mit Eisenbahnangestellten und Arbeitern besetzt war, von bewaffneten Banditen überfallen. Einem Angestellten, der 145 000 Pesetos bei sich trug, wurde die Summe weggenommen. Die Banditen wurden von Soldaten verfolgt, wobei es zu einem Feuergefecht kam, wobei zwei Personen getötet wurden.

Bergarbeiter u. Wirtschaftslage.

L **Bochum**, 3. Sept. Am Samstag und Sonntag befaßte man sich in vielen Zahlstellenversammlungen und Bezirkskonferenzen der Bergarbeiterverbände aller Richtungen mit dem am 1. September in Wirksamkeit getretenen Lohn- und Ueberschichtenabkommen. Durchweg wurde die Forderung entschieden vertreten, daß bei weiterem Anziehen der Teuerung, die Bergarbeiterlöhne dem anzupassen seien. Des Weiteren wurde eine umfassende scharfe Bekämpfung des Wuchertums verlangt. Eine schnelle Durchführung der dahin zielenden, von den Gewerkschaften der Regierung vorgeschlagenen Maßnahmen sei das dringende Gebot der Stunde. Dem abgeschlossenen Ueberschichtenabkommen wurde zugestimmt unter Hinweis auf Deutschlands bedenkliche Wirtschaftsnot. Es wurde aber die bestimmte Erwartung ausgesprochen, daß Landwirtschaft und Handel durch Lieferung preiswerter Lebensmittel die Lebenshaltung der Bergleute und der übrigen Arbeiterschaft erleichtern helfen, da sonst die Arbeitskraft und die Volksgesundheit gefährdet erscheine. Bei Abschließung der Grenzen gegenüber Einfuhr von Luxuslebensmitteln, sei die des Brotgetreides, Fettes und Futtermitteln zu erleichtern. Auch sei durch Streckung insolae höherer Ausmahlung die Brotration für die schwer arbeitende Bevölkerung zu erhöhen. Die Forderung nach Schließung der Nacht- und Schlemmerlokale wurde besonders scharf betont. Die Kartoffelversorgung des Industriebezirkes zu angemessenen Preisen müsse vor allem durch rechtzeitige Maßnahmen der Regierung sichergestellt werden. Nur unter dieser Bedingung könne für die Landwirtschaft eine Erhöhung des Preises für das Umlageverfahren in Frage kommen. Der gemeinsame Schritt der vier Bergarbeiterverbände zur Besserung der Notlage der Knappschaftsinvaliden, Witwen und Waisen wurde lebhaft begrüßt und die Notwendigkeit einer schnell einzuberufenen außerordentlichen Generalversammlung des Allgemeinen Knappschaftsvereins entschieden ausgesprochen. Die Verweigerung der Mittel zur Erhöhung der Bedürftigkeitszulage durch die Arbeitgeber im Vorstande der Knappschaft fand allenthalben die lebhafteste Mißbilligung.

Ausdehnung des Ueberschichten-Abkommens wird abgelehnt.

L Der alte Bergarbeiterverband lehnte unter allen Umständen die Erweiterung der im Stinnesschen Reparationslieferungsgarantieplan vorgesehenen eventuellen Ausdehnung des Ueberschichtenabkommens ab, da bei der jetzigen Beschaffenheit der Bergarbeiter die Durchführung des am 1. Sept. in Wirksamkeit getretenen Ueberarbeitsabkommens auf gewisse Schwierigkeiten hier und da stößt. Die gleiche Haltung nehmen die übrigen Bergarbeiterverbände und Gewerkschaftsrichtungen ein.

Gerichtszeitung.

Das Urteil im Schlafwagenprozeß.

Das deutsch-belgische gemischte Schiedsgericht hat in dem seinerzeit in Genf verhandelten Prozesse der Internationalen Schlafwagen-Gesellschaft (J. S.-G.) gegen das Deutsche Reich als Gegenpartei und die Mitropa als Nebenintervententin nunmehr in Paris das Urteil gefällt. Den Vorsitz im Schiedsgericht führte der Genfer Universitätsprofessor Moriaud, die Beisitzer waren der auf dem Gebiete des internationalen Rechtes als Schriftsteller bekannt gewordene Belgier Roderic Rolin, Justizrat Hoene aus Frankfurt a. M., der auf dem Gebiete des Handelsrechts dort als Richter besonderes Ansehen genießt. Bekanntlich hatte die J. S.-G. in ihrer Klage neben zahlreichen Schadenersatzansprüchen die Rückgabe von 183 Fahrzeugen verlangt, die von der früheren preußischen Staatseisenbahnverwaltung auf Grund von Vorkriegsverträgen angekauft und von ihr an die Mitropa weiterverkauft worden waren. Von diesen 183 Fahrzeugen sind der J. S.-G. durch den Schiedsspruch nur 25 Speisewagen und 3 Schlafwagen zugesprochen worden, bei denen über die richtige und rechtzeitige Ausübung des vertraglichen Ankaufsrechts ein Zweifel möglich war.

Im übrigen hat das Schiedsgericht festgestellt, daß bei den verbleibenden 155 Wagen die Käufe rechtlich unanfechtbar sind. Der von der J. S.-G. erhobene Vorwurf, daß die Ueberlassung dieser Wagen durch die deutsche Zwangsverwaltung der J. S.-G. an die damalige preußische Staatsbahnverwaltung bezw. die Mitropa zu Unrecht erfolgt sei und, wie ihr Vertreter sich ausdrückte, einen Raub (spoliation) darstelle, ist also endgültig als unbegründet anerkannt worden.

Der Prozeß ging um mehr als um die Rückgabe der Wagen. Die J. S.-G. beabsichtigte, die unbequeme Konkurrentin durch Einschränkung ihres Wagenparkes der Möglichkeit zu berauben, ihren Betrieb in dem bisherigen Umfange weiterzuführen. Dieser Versuch ist mißlungen. Die J. S.-G. wird dauernd damit rechnen müssen, daß der Speise- und (zum Teil) Schlafwagenbetrieb in und mit Deutschland der deutschen Gesellschaft verbleibt, die bekanntlich einer deutsch-englisch-schweizerischen Interessengemeinschaft angehört. Ob die J. S.-G. aus der durch den Schiedsspruch geschaffene Lage die im Verkehrsinteresse einzig wünschenswerte Folgerung ziehen und sich entschließen wird, sich mit der Konkurrenz über gemeinsame Verkehrsarbeit zu verständigen, wozu die Mitropa stets bereit war, steht allerdings bei der bekannten Denkungsart der Franzosen und Belgier dahin.

Für das Deutsche Reich hat das Urteil abgesehen von der Frage der Wagenrückgabe in natura, noch keine endgültige Entscheidung gebracht. Ein Teil der Entschädigungsansprüche der J. S.-G. rung auf Rückgabe des größten Teils des Wagenfällt allerdings mit der Ablehnung der Forde- parkes in sich zusammen. Es bleiben aber noch sehr zahlreiche Ersatzansprüche bestehen, über die die Erhebung von Sachverständigengutachten angeordnet worden ist, und die abzuwenden oder auf ein der tatsächlichen und rechtlichen Lage entsprechendes Maß zurückzuführen, noch viel Arbeit und manche Kämpfe kosten wird.

Wie die „Frankfurter Zeitung" zutreffend ausführt, läßt also das Urteil „zwar die deutschen Parteien die Härte der Bestimmungen des Friedensvertrages fühlen, läßt aber auch den Willen, Gerechtigkeit zu üben, erkennen und wird, anders als manche Urteile anderer Schiedsgerichte, die sich wie vom Sieger verhängte Sanktionen lesen, der hohen Aufgabe der Schiedsgerichte, die Welt von der Herrschaft der Gewalt in das Reich des Friedens und des Rechtes überzuführen, gerecht".

Vermischtes.

d. **Wenn zwei sich streiten ...** Ueber eine Geschichte, die wie ein Märchen klingt und doch wahr sein soll, berichten kroatische Blätter. In der Nähe von Lusci-Palanka auf der Ormec-Alm verlor ein Hirt eine Ziege. Nach längerem Suchen fand er sie, wie sie vor Schmerz, da sie einen Dorn im Fuße hatte, mit beiden Vorderfüßen an einer Stelle grub. An dieser Stelle bemerkte der Hirt etwas Glänzendes, und als er näher hinsah, fand er einen echten Dukaten. Er lief ins Dorf und verständigte von dem Funde die Leute. Das ganze Dorf machte sich auf die Beine und wirklich gelang es, nach längerem Graben gegen 200 Kilogramm Dukaten auszuheben. Als aber die glücklichen Finder das Geld unter sich teilen wollten, entstand ein Streit, der in eine große Rauferei ausartete und eine Gendarmeriestreifwache herbeilockte. Die Gendarmen trennten die Raufenden, sperrten einige ein und beschlagnahmten das ganze Geld. Eingeweihte wollen wissen, daß das Geld von Kommunisten vergraben wurde, die es zu Werbezwecken aus Sowjetrußland erhalten hätten.

Zwillinge von Zwillingsmüttern. Eine bei Newport in der englischen Grafschaft Monmouthshire lebende Frau brachte kürzlich zum fünften Male ein Zwillingspaar zur Welt; die Zahl ihrer Kinder beträgt jetzt 17. Wie der Bericht des örtlichen Gesundheitsrates hervorhebt, handelt es sich hier um einen bemerkenswerten Fall erblicher Fruchtbarkeit ist. Die reichgesegnete Mutter war ebenso wie ihre eigene Mutter, die 22 Kindern das Leben schenkte, ein Zwilling.

d. **Ein Hotelgebäude für 200 Waggons Eier.** Aus Warschau wird berichtet: Wie der „Przeglond Wieczorny" erfährt, wird sich das Wirtschaftskomitee des Ministerrates in seiner nächsten Sitzung mit dem Vorschlag einer eigenartigen Transaktion befassen. Die Schweizer Genossenschaftsbank wendete sich nämlich an die polnische Regierung mit einem Projekt, wonach die Ausfuhrbewilligung für zweihundert Waggons Eier aus Polen nach der Schweiz gegen Gewährung einer vierprozentigen, in fünf Jahren amortisierbaren Anlethe von einer Million Schweizer Francs zum Bau eines großen Hotelgebäudes und eventuell auch mehrerer Wohnhäuser in Warschau erteilt werden soll. Die polnische Regierung ist geneigt, den originellen Vorschlag zu akzeptieren.

Wie lange soll man schlafen? James Leyge, Professor an der Oxforder Universität, schlief nie länger als fünf Stunden und starb nach einem sehr arbeitsreichen Leben im Alter von 82 Jahren. Der Ingenieur Brunel arbeitete zeitlebens zwanzig Stunden täglich. Sir George Elliot soll gar nur vier Stunden täglich geschlafen haben; er wurde 84 Jahre alt. Humboldt soll nach ähnlichen Prinzipien gelebt und gearbeitet haben. Littre stieg um 8 Uhr morgens aus dem Bett und arbeitete bis 12 Uhr. Von 1 bis 6 Uhr wurde die Arbeit fortgesetzt; hierauf diniierte er und setzte seine wissenschaftliche Arbeit bis 3 Uhr morgens fort; er starb im 80. Lebensjahre. Eine französische Revue bringt diese Daten über Kurzschläfer, ohne voreilige Schlüsse über den etwaigen Wert des kurzen Schlafes zu ziehen.

d. **Ein Milliardenvermögen, das von Ratten aufgefressen wird.** Die belgischen Blätter berichten, daß die Ratten an den sechs Milliarden Mark nagen, die im Keller der Nationalbank in Brüssel liegen. Wenn man noch einige Jahre die Ratten ruhig gewähren läßt, so werden diese, wie die Blätter versichern, den ganzen Haufen Markscheine, die zum Kurse von 1,25 Francs übernommen worden sind, aufgefressen haben.

d. **Rizinusöl die Strafe der Faszisten.** Die Blätter melden aus Ancona, daß die Faszisten dieses Bezirkes auf die sozialistischen Führer eigentümliche Pressionsmittel ausüben. Alle ausgewiesenen Führer, darunter der Bürgermeister von San Benedetto, die der Ausweisung keine Folge leisten, werden gezwungen, täglich ein Glas Rizinusöl zu trinken.

d. **England, das schmutzigste Land Europas.** Diese traurige Tatsache konstatierte Lord Newton im Oberhause in London. Er sagte, daß im Gebiet von London pro Quadratmeile nicht weniger als 25 Tonnen Ruß monatlich niedergehen.

Letzte Nachrichten und Drahtmeldungen.

Die Städte und die Ernährungsfrage.

w. **Berlin**, 3. Sept. Die Geschäftsstelle des Deutschen Städtetages teilt mit:

Infolge der dringenden Sorgen um die Volksernährung während des kommenden Winters war

der Ernährungsausschuß des Deutschen Städtetages

gestern nach Halle einberufen worden. Auch Vertreter verschiedener Reichs- und Staatsministerien waren zugegen, darunter Staatssekretär Dr. Heinrici vom Reichsernährungsministerium. Es zeigte sich, daß die Stadtverwaltungen durchweg von dem besten Willen beseelt sind, mit ihren Kräften und Mitteln gegenüber der Valutablockade zu helfen, wie einst gegenüber der Kriegsblockade. Doch können sie in ihrer gegenwärtigen furchtbaren Finanznot zu diesem Zwecke

nicht das Geringste unternehmen ohne Gewährung der nötigen Geldmittel von Reich und Staat.

Alle jetzt öffentlich erörterten Hilfsmaßnahmen, die natürlich durchweg bedeutende Kosten — mindestens vorschußweise — verursachen, sind und bleiben ohne finanzielle Reichs- oder Staatshilfe gänzlich undurchführbar. Die Fürsorge könnte sich auch immer nur erstrecken auf diejenigen Kreise, die sich nicht durch Anpassung ihres Einkommens an die veränderten Verhältnisse selbst helfen können, vor allem auf

die Armen, die Sozial- und Kleinrentner, die Militärrentner

(Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene). Diesen aber wird vielfach wirkungsvoller geholfen werden können durch Naturalien, einschließlich der Heizstoffe, als durch Barunterstützung. Die Versorgung durch fertiges Essen in Form von Massenspeisungen (selbst wenn Reich und Staat die nötigen Zuschüsse bezahlen) wurde nach den reichen Erfahrungen der Städte auf diesem Gebiete aus vielerlei Gründen übereinstimmend als durchaus unwirtschaftlich bezeichnet. Jedenfalls würde es sich nicht empfehlen, etwa neue Einrichtungen zu schaffen. Nur die Erhaltung von Mittelstandsküchen wurde als dringendes Bedürfnis für gewisse Bevölkerungsschichten übereinstimmend befürwortet.

In der Kartoffelversorgung haben sich die Städte schon seit dem Vorjahre von eigenen Geschäften zurückgezogen und das Feld dem sachverständigen Handel und den Verbrauchergenossenschaften geräumt, die vielfach organisatorisch und durch Kreditgewährung unterstützt werden. Nur in einigen wenigen Städten soll eine gewisse Notreserve von der Stadtverwaltung eingelagert werden.

Die gleichmäßige Verteilung der nächsten Zuckerernte unter die Bevölkerung wird zunächst in einer Form erstrebt, welche die völlige Zwangsmäßigkeit vermeidet. Mit der Beschränkung der zuckerverarbeitenden Luxus-Industrie ist man selbstverständlich einverstanden.

Die Sozialversorgung ist in der Hauptsache eine Kohlenfrage. Entsprechende Anträge sollen gestellt werden.

Es wurde noch eine ganze Reihe anderer städtischer Ernährungssorgen erörtert. Der Grundton war aber, wie gesagt, der, daß neue Lasten und Ausgaben von den Städten nur getragen werden können bei Gewährung der gesamten notwendigen Geldmittel von Reich und Staat, da die Städte völlig am Ende ihrer Kräfte angelangt sind, wenn nicht endlich einmal die Gemeindefinanzreform verwirklicht wird.

Vor den Verhandlungen mit Belgien.

TU. **Berlin**, 4. Sept. Wie die Tel.-Union erfährt, dürfte über den Bericht, den der aus Paris zurückgekehrte Staatssekretär Schröder in der am Samstag stattgefundenen Chefbesprechung über seine Verhandlungen mit der Reparationskommission erstattet hat, weitere Mitteilungen an die Oeffentlichkeit nicht gemacht werden. Jedoch sind die zuständigen Ressorts damit beschäftigt, die Vorbereitungen zu den Verhandlungen mit den belgischen Vertretern zu treffen.

Oberschlesien will preußische Provinz bleiben.

D. **Breslau, 4. Sept. Bei der gestrigen Autonomieabstimmung in Oberschlesien hat sich, wie vorauszusehen war, nach den bisher bekannt gegebenen Ergebnissen eine überwiegende Mehrheit für den Weiterbestand Oberschlesiens als preußische Provinz entschieden.**

Die deutsch-polnischen Verhandlungen.

w. **Berlin**, 3. Sept. Der „Tag" veröffentlicht ein Gespräch über die bevorstehenden deutsch-polnischen Verhandlungen in Dresden, das Ministerialdirektor von Stockhammer dem Mitarbeiter des Blattes gewährt: Ueber die Wichtigkeit der demnächst beginnenden deutsch-polnischen Verhandlungen, über den Geist, in dem die deutsche und die polnische Regierung an sie herantritt, wird Ihnen Ihr Gespräch mit dem Gesandten von Nadolny Aufschluß gegeben haben. Ich kann mich den Ausführungen von Nadolnys nur anschließen. Die deutsche Regierung tritt in diese Verhandlungen mit der festen Absicht, die zahlreichen Fragen, die der Friedensvertrag in unserm Verhältnis zu Polen schuf, der Lösung zuzuführen, eine Grundlage für nachbarliche Beziehungen zu finden, wie sie durch die Länge der deutsch-polnischen Grenze, der Verflochtenheit der wirtschaftlichen Beziehungen sowie durch den Aufenthalt von so zahlreichen Deutschen im Gebiete Polens von selbst gegeben sind. Da es der deutschen Regierung gelang, mit fast allen Staaten — ich nenne hier nur die Tschechoslowakei und Jugoslawien — zu einer solchen Regelung zu gelangen, gibt sie sich der Hoffnung hin, daß das Ergebnis der Verhandlungen mit Polen ein gleiches sein wird. Eine gewisse Stütze findet die Hoffnung in der Tatsache, daß die Warschauer Vorbesprechungen im Juli 1922 den beiderseitigen guten Willen deutlich erkennen ließen, daß dieser Wille im Vorabkommen seinen Ausdruck fand, das über die Regelung der formellen Fragen hinaus auch schon eine materielle Vereinbarung brachte. Wie Ihnen bekannt ist, vereinbarten Deutschland und Polen, um ihren guten Willen zu bekunden, daß Deutschland dem polnischen Staat in bezug auf Erteilung von Ausfuhrbewilligungen dieselbe Behandlung zuteil werden lassen will, die es andern valutaschwachen Ländern angedeihen läßt. Die polnische Regierung erklärte sich ihrerseits bereit, Deutschland freie Durchfuhr durch Polen nach Rußland zu gewähren. Sie werden es mir erlassen, auf die einzelnen Verhandlungsgegenstände des näheren einzugehen. Allein schon die Aufzählung der Programmpunkte würde einen beträchtlichen Raum füllen; es genügt die allgemeine Bemerkung, daß die Verhandlungen die Sicherung der Rechtsverhältnisse der in Polen lebenden Deutschen auf Grund der Bestimmungen des Versailler Vertrages, die Erledigung zahlreicher schwebender finanzieller Fragen und den Abschluß eines Wirtschaftsabkommens zum Ziel haben. Wie Sie weiter gehört haben werden, sollen die Verhandlungen am 6. 9. in Dresden beginnen. Die Verhandlungspunkte sind zunächst: Transit nach Rußland, Regelung der Herausgabe von Akten und Archiven und die Frage der Kriegsakten. Am 20. 9. tritt die juristische Kommission zusammen, zu deren Beratungsgegenständen eine Reihe von wichtigen und schwierigen Fragen, wie z. B. betr. die Artikel 287 und 256 des Friedensvertrages gehören, bei denen Fragen aus den verschiedensten Rechtsgebieten der Regelung zuzuführen sein werden. Unter diesen Umständen wage ich nicht, eine Prophezeiung über die Dauer der Verhandlungen abzugeben, die zweifellos trotz allem guten Willen der beiderseitigen Unterhändler über eine Reihe von Monaten erstrecken werden.

Ministerialverordnung über die Ueberwachung der Preisgestaltung.

w. **Berlin**, 3. Sept. Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, erließ das Ministerium des Innern eine Verordnung, wonach vornehmlich die Preisgestaltung der notwendigsten Gegenstände des täglichen Bedarfs, wie des Fleisches, Zuckers, Fette, Milch, Brotes, Kartoffeln, Eier, Obstes, Gemüses, Kleidungsstücke jeder Art, Wäsche, Schuhwaren, sowie des Holzes und der Kohlen fortlaufend und eingehend zu überwachen ist. Zu diesem Zwecke sollen bei den Erzeugern und Händlern, auf den Märkten, in den Betrieben und den Geschäften die Preise der in Betracht kommenden Gegenstände nach den maßgebenden Grundsätzen die Preisberechnung, insbesondere nach den Gestehungskosten, nachgeprüft werden. Wo die Vorschriften über Preisschilder und Preisverzeichnisse aufgehoben sein sollten, sind diese wieder sofort in Kraft zu setzen, ihre Durchführung ist — unter Berücksichtigung der Valuta-Zuschläge für Ausländer — streng zu überwachen. Bei Entgegennahme von Strafanzeigen aus der Bevölkerung haben die Polizeibehörden jedes Entgegenkommen zu zeigen und die angezeigten oder sonst festgestellten Wucherfälle mit äußerster Beschleunigung der Strafvollstreckungsbehörde mitzuteilen, um diese nach Möglichkeit in Stand zu setzen, die Schuldigen einer schnellen Bestrafung entgegenzuführen. Endlich ist dahin zu wirken, daß die Preisprüfungsstellen ihre wichtige Aufgabe mit Tatkraft wieder aufnehmen und durchführen.

Die Vorschläge zu neuen Postgebühren.

TU. **Berlin**, 4. Sept. Wie die Tel.-Union erfährt, liegen dem Reichsrat augenblicklich die neuen Entwürfe über die Erhöhung der Post- und Telegraphengebühren vor, die auch den Verkehrsbeirat des Reichspostministeriums in seiner Sitzung am 4. und 5. September beschäftigen werden. Die Gebührenerhöhung, die am 1. Oktober in Kraft treten soll, beträgt durchschnittlich 100 Prozent. Bei Telegrammen sollen die Gebühren auf alle Entfernungen 4 Mark für das Wort mindestens 40 Mark betragen, im Ortsverkehr 2 Mk. bezw. 20 Mark. Pressetelegramme sollen die Hälfte kosten. Bei den Ferngesprächen sollen die Teuerungszuschläge von 160 Prozent auf 500 Prozent erhöht werden. Eine Erhöhung der Zeitungsgebühren wird mit Rücksicht auf die große Not der Zeitungen nicht in Aussicht genommen, dafür soll aber ab 1. Januar das Zeitungsbestellgeld wieder eingeführt werden. Am 1. November sollen die für den 1. Oktober festgesetzten Gebühren für den Paketverkehr abermals um 100 Prozent erhöht werden.

Die Niederdeutsche Woche und Hauptmann-Feier in Bremen.

w. **Bremen**, 3. Sept. Der Reichspräsident ist hier mit dem Staatsminister Dr. Bölitz, dem Staatssekretär Schulz und Ministerialdirektor Meißner zur Eröffnung der Niederdeutschen Woche eingetroffen. Nach der Abnahme des Vorbeimarsches einer Reichswehrkompagnie nahm der Reichspräsident an der Gerhart-Hauptmann-Feier im Schauspielhause teil.

w. **Bremen**, 3. Sept. Bei der Feier im Schauspielhause hielt Gerhart Hauptmann nach Begrüßungsansprachen eine Rede, in der er allen Europäern deutscher Zunge zurief: Bleibt einig im Hoffen, im Glauben und in der Gewißheit, daß Deutschland den Hafen erreichen und wiederhergestellt wird! Inzwischen hatte sich vor dem Schauspielhause eine große Menschenmenge eingefunden, an die der Reichspräsident einige Worte richtete, in denen er die Notwendigkeit betonte, daß jeder zu seinem Teile alles tun müsse, an den großen Aufgaben der Nation, am Wiederaufbau des Vaterlandes mitzuwirken. Nach der Feier wohnte der Reichspräsident der Eröffnung der Niederdeutschen Woche bei, wo er auf eine Rede des Präsidenten der Wesergilde und des Bürgermeisters Dr. Spitter antwortete. Zum Schluß sprach der Vertreter der niederdeutschen Universitäten, der Rektor der Universität Münster, Professor Dr. Rosemann. Am Nachmittag besuchte der Reichspräsident das Sportfest auf dem Peterswerder, wo er der siegreichen Mannschaft im Staffettenlauf den Pokal der Wesergilde überreichte. Hierbei wies er auf die große Bedeutung des Sports hin. Gegen Abend war der Reichspräsident Gast des Senats.

Der österr. Bundeskanzler nach Genf.

w. **Wien**, 3. Sept. Im heutigen Ministerrat legte der Bundeskanzler die Nachrichten vor, die vom Bundesminister des Aeußeren aus Genf eingetroffen sind. Hierbei teilte er mit, daß der dringende Rat erteilt wurde, der Bundeskanzler selbst möge bei der für Mittwoch in Aussicht genommene Sitzung des Völkerbundrates die Angelegenheiten Oesterreichs vertreten. Der Ministerrat ersuchte hierauf den Bundeskanzler, die Reise nach Genf ehestens anzutreten. Der Bundeskanzler machte auch Mitteilung darüber, daß energische Maßnahmen in der Frage des Schutzes der inländischen Bevölkerung gegen die nachteiligen Wirkungen des Zustromes von zahlreichen Fremden aus dem Auslande im Zusammenhang mit den gegenwärtigen valutarischen Verhältnissen in Vorbereitung sind. Der Ministerrat beschloß die Erledigung dieser Angelegenheit möglichst zu beschleunigen. Im Laufe des Tages erschien der Bundeskanzler beim Bundespräsidenten Hainisch und empfing außerdem den Besuch des französischen Gesandten Lefebre-Pontalis und den italienischen Gesandten Orsini Baroni.

Ein Franzose über Stinnes.

D. **Paris**, 4. Sept. Der französische Senator Loubersach, der in seiner Eigenschaft als Präsident des Zentralverbandes für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete mit Hugo Stinnes über die Sicherung von Wiederaufbaumaterial einen Vertrag abschloß, veröffentlicht darüber einen Bericht. Darin sagt er u. a., am 15. August sei er mit Hugo Stinnes zu einer Unterredung zusammengekommen, deren Inhalt in einem Dokument niedergelegt sei. Es wurde vereinbart, daß Stinnes sich verpflichtet, dem Verbande Materialien zu liefern, die für den Wiederaufbau geeignet sind. Der Senator fügt hinzu, daß der Zentralverband einen besonderen Ausschuß ernannt habe, der sich damit beschäftigte. Frankreich könne nichts Besseres tun, als mit Deutschland in direkte Verhandlungen zu treten; durch diese Methode könne am Besten die Entente cordiale mit England erhalten werden. Der Senator sagte weiter: Ich habe in Stinnes einen außerordentlich intelligenten und entschlossenen Deutschen gefunden, der bereit ist, bis aufs äußerste sein Land zu verteidigen. Daraus kann ihm niemand einen Vorwurf machen. Er ist in der Unterredung sachlich und von einer manchmal etwas brutalen Aufrichtigkeit, aber er weiß, ob er ja oder nein sagen will. Ich bin sicher, daß Stinnes, als er das Dokument unterzeichnet hat, ebenso überzeugt war, im Interesse seines Landes zu handeln, wie ich es war, Frankreich verteidigt zu haben.

Neutrale Stimmen zu den europäischen Fragen.

w. **Stockholm**, 3. Sept. Professor Cassel erklärte in einem Interview mit einem Vertreter des „Svenska Dagbladet": Die Lösung des Wiederaufbauproblems wäre auf der Genuakonferenz mit der jetzigen deutschen Regierung, die die Verpflichtungen loyal erfüllt, dank der englischen und italienischen Bereitwilligkeit möglich gewesen. Sie scheiterte an dem Widerstand Frankreichs. Die Entente beging den größten Fehler, Rathenau nicht zu stützen. Sein Tod trug dazu bei, Deutschland immer mehr in den Abgrund zu treiben. Der Delegierte Schwedens auf der Völkerbundversammlung, Reichsgerichtsrat Trygger, äußerte vor seiner Abfahrt nach Genf: Statt des erhofften Friedens trat in Europa ein Unsicherheitszustand ein, der leicht zu einer Katastrophe führen kann. Das alte Gleichgewichts-System würde formell zwar durch eine internationale Rechtsorganisation ersetzt, in Wirklichkeit aber, durch die Diktatur gewisser Staaten, die alle einseitig egoistische Interessen verfolgen. Die rücksichtslose Abstellung des Satzes: Macht geht vor Recht, erinnert an die dunkelsten Tage der Menschheit.

Der griechische Rückzug.

w. **Athen**, 2. Sept. (Amtlicher Bericht vom 1. 9.) Befehlsmäßig setzte die Südgruppe den Rückzug fast ohne Druck des Feindes fort. Das 3. Armeekorps ging ebenfalls zurück. Die vor mehreren Tagen anbefohlene Räumung von Eskischehir ist beendet.

---

w. **Berlin**, 3. Sept. Der Ankauf von Gold für das Reich durch die Reichsbank und die Post erfolgt in der Woche vom 4. bis 10. September unverändert wie in der Vorwoche zum Preise von 5000 Mark für ein 20-Markstück, 2500 Mark für ein 10-Markstück. Für die ausländischen Goldmünzen werden entsprechende Preise gezahlt. — Der Ankauf von Reichssilbermünzen durch die Reichsbank und Post findet unverändert zum 120-fachen Betrage des Nennwertes statt.

TU. **Berlin**, 4. Sept. Die Deutsche Allgemeine Zeitung hat gegen das Verbot ihres Erscheinens durch ihren Rechtsanwalt beim Reichsgericht Einspruch erhoben.

w. **Hindenburg**, 3. Sept. Laut Mitteilung der staatlichen Bergwerksdirektion beträgt ab 1. 9. der Kohlenpreis auf der Königin-Luise-Grube einschließlich Südfeld und der Delbrückschächte für Stückkohle (Flammkohle) 4375 Mark bis herabgehend für Staubkohle auf 3452 Mark pro Tonne, für Gaskohle erhöht sich der Preis auf den gleichen Grubenanlagen um je 3 Mark für Tonne und Qualität.

w. **Breslau**, 3. Sept. Die 10. Breslauer Messe wurde heute nachmittag 3 Uhr ohne Feierlichkeit eröffnet. Das Geschäft setzte sofort sehr rege ein. Der Besuch von den Käufern, auch aus dem Auslande, namentlich aus der Tschechoslowakei und Polen, ist groß.

w. **Danzig**, 3. Sept. Gestern abend kam es angeblich infolge des herausfordernden Verhaltens der französischen Matrosen von dem zurzeit hier ankernden Kriegsschiffes Marne gegen Arbeiter zu einem Zusammenstoß zwischen Danziger Arbeitern und den französischen Matrosen, der schließlich in eine allgemeine Prügelei ausartete. Die Franzosen zogen sich in das Cafee Baltic am Kassubischen Markt zurück. Die Menschenmenge, die sich inzwischen angesammelt hatte, versuchte, das Cafee zu stürmen, das jedoch von der Schutzpolizei verhindert wurde. Ein französischer Matrose, der gegen einen deutschen Beamten tätlich geworden war, wurde zur Bahnhofswache gebracht. Die Untersuchung ist eingeleitet.

Verantwortlich: Für Politik: i. V.: Willi Lindner für Feuilleton und Lokales: Willi Lindner; für Handel Sport und Letzte Nachrichten: Theodor Rossen, für „Feierstunden" und den übrigen Textteil: Julie Schwinck für Inserate und Reklamen: Eugen Wolff sämtlich in Bochum.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

Doppel-Märzen,

ein wirkliches

Starkbier

gelangt zum Versand.

Schlegel-Scharpenseel-Brauerei
Aktien-Gesellschaft / Bochum

KAFFEE HACKERT Bochum, Heilwegstr. 1.
gegenüber der Feinbäckerei und Konditorei
Diese Woche Spezialität: **Spanische Apfeltorte**

U·S·LINES



Regelmäßige Abfahrten
BREMEN
NEW YORK
Vorzügliche Reisegelegenheit in allen Klassen
mit den größten zwischen Deutschland und Amerika verkehrenden erstklassigen und schnellen Doppelschrauben-Salondampfern „George Washington", „America", sowie D. „Peninsula State" und „Lone Star State"
ab **deutschem Hafen**
Auskunft und Fahrscheine durch
GENERALVERTRETUNG
NORDDEUTSCHER LLOYD BREMEN
und seine Vertretungen
in Bochum: Aug. Dörpinghaus, Kaiserstr. 28

Zentralheizungen
Sanitäre Installation
Lieferung von Rohrleitungen,
Abwärmeverwertungs - Anlagen
Waschkauen, 8114
Albert Staubach, Jng.
Fernspr. 669 Bochum Fernspr. 669

Versicherung von
Reisegepäck
übernimmt zu weitestgehenden Bedingungen u. mäßigen Prämien
Subdirektor Otto Plangemann
Bochum, Rechenerstraße 14, Fernruf 1615.

Vernickeln
8550 sämtlicher Haushaltungsgegenstände, Aufarbeiten von Kronleuchtern, Messingstangen u.s.w. übernimmt Vernickelungs-Anstalt
Fritz Lenz Allee-straße 10
Neben der Christuskirche
Verkupfern

Weinflaschen
zum Preise von Mark **15.–** zu kaufen gesucht. Abholung sofort.
M. Becker :: Bochum
Alleestraße 11 Telefon Nr. 318

TRIO
Walter Weise
Weinhaus „UHU"
Bochum :: Rottstrasse 18

Brautleute!



Meine Verlobungs-Ringe
sind fugenlos,
haben keine Lötfuge, springen nicht, platzen nicht.



Enger- und Weitermachen sofort gratis ohne Goldverlust.
Reparaturwerkstatt mitelektrischem Antrieb.
Uhren-Rape
Bongardstraße 28
Telephon-Anschluß 2593
Besichtigen Sie meine Schaufenster

Kohlen u. Koks
für Industrie und Hausbrand liefert pünktlichst
Bochumer Kohlen-Kontor
Humboldtstraße 55. — Telefon-Nr. 3517—3516. 8102

Altpapier
Akten, Zeitungen, Zeitschriften
zu bedeutend erhöhten Preisen **kauft**
vormals **Josef Levy, Bahnhofstraße 13**
Fernsprecher 2094 Papierverwertung Fernsprecher 2094
Aeltestes Geschäft dieser Art am Platze. Auf Wunsch sofortige Abholung

---

Peddigrohr-Korbmöbel
in besonders grosser Auswahl
Japan-Reisetaschen in echt Peddigrohr / Reisekörbe / Marktkörbe
Weiden-Tische
Kinder-Wagen, Sport- und Promenaden-Wagen
Weiden-Sessel
empfiehlt
Korbwaren-Spezial-Geschäft
W. Ruelius, Bochum
Hattinger Straße 50 — Gegenüber dem Polizei-Präsidium

Anthrazit-Kohlen
Langenbrahm und Gottfried-Wilhelm
Kohlen und Koks
liefert prompt
Gustav Gräse G. m. b. H. Buddenbergstr. 9 Telephon Nr. 122

Wer Stoff hat
der bringe denselben nach mir zur Anfertigung nach Maß desselben Zutaten, Umändern, Reparaturen und Aufbügeln zum billigsten Preis. 8167
Herm. Issel, Bochum
Dorstener Straße 116.

Goldankauf
L. Beleistein.
Kortumstraße 18.



Erstklassige
Geld-Bücher- u. Einmauerschränke
Sehr kurzfristig lieferbar.
Pohlschröder & Co.,
Dortmund.

---

14. K. 19-22. **Zwangsversteigerung.**

In dem Wege der Zwangsvollstreckung sollen die in Gerthe belegenen, im Grundbuche von Gerthe Band II Blatt 91, zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks auf den Namen des Kaufmanns Paul Söfeland in Dortmund eingetragenen Grundstücke

Gemarkung Gerthe, Kartenblatt 1, Parzelle 785/83 etc. Wohn- und Geschäftshaus mit Hofraum, Bahnstraße 89, (früher Lothringerstraße 89 d) 2,62 ar groß, Grundsteuermutterrolle 2/7, Nutzungswert 1086 M. Gebäudesteuerrolle 401, Gemarkung Holthausen, Kartenblatt 17, Parzelle 798/124, Acker, Krimmpoth, 25,53 ar groß, Reinertrag 4,00 Taler,

am 7. Oktober 1922, vormittags 10 Uhr,

durch das unterzeichnete Gericht an der Gerichtsstelle Zimmer Nr. 14 versteigert werden.

Der Versteigerungsvermerk ist am 11. Juli 1922 in das Grundbuch eingetragen.

Bochum, den 24. August 1922.

Das Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Für die Gewährung von **Schülerkarten** wird die Altersgrenze auf das vollendete **21. Lebensjahr** heraufgesetzt.

Westfälische Straßenbahn G. m. b. H. Gerthe.

Wir suchen für mehrere unserer
Herren in gehobener Stellung
gut möbl. Zimmer

Maschinenbau-Aktiengesellschaft Baldke
Bochum.

Wir suchen für 8 auswärtige Monteure auf längere Zeit anständiges gutes
Logis
mit oder ohne Verpflegung.
Angebote sind zu richten an
Gebr. Eickhoff, Maschinenfabrik, Bochum.

Herzliche Bitte!

2 oberschlesische Flüchtlinge, von Beruf Mechaniker, suchen ein
möbliertes Zimmer
mit oder ohne Kost in Bochum oder Ehrenfeld. Angebote unter **O. F. 23** an die Geschäftsstelle d. Ztg.

Bürojunge
Sohn achtbarer Eltern für Büro (Industrie) zu sofort gesucht.
Wo, sagt die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Zum sofortigen Eintritt wird ein
tüchtiger Lagerist
möglichst gelernter Eisenhändler, im Alter von 22—28 Jahren gesucht. Bewerber, welche ähnliche Posten bereits versehen haben und in Lagerbuchhaltung bewandert sind, wollen Offerte unter Nr. 13229 an die Expedition des Blattes richten.

Für den Bezirk **Garden** wird für sofort ein zuverlässiger
Zeitungsbote
gesucht. — Zu melden in der Geschäftsstelle Bochum, Buddenbergstraße 11.
Märkischer Sprecher.

Für den Bezirk **Wanne-Eickel** wird ein zuverlässiger
Zeitungsbote
gesucht. — Zu melden in der Geschäftsstelle Bochum, Buddenbergstraße 11.
Märkischer Sprecher.

Erstklassiges Feinkostgeschäft sucht zum baldigen Eintritt eine in jeder Beziehung tüchtige und erfahrene branchekundige
Verkäuferin.
Die Stellung ist eine angenehme, selbständige und gutbezahlte. Ausführliche Angebote mit Bild, Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüchen unter Nr. 895 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung erbeten.

Unter dem Schweinebestande der Witwe Hermann Backhaus, Wiemelhauserstr. 297a ist Schweinepest kreistierärztlich festgestellt.

Bochum, 2. Sept. 1922.

Die Stadtpolizeiverwaltung.

Von der Reise zurück!
Prof. Dr. Menzer.

Neues
Operetten-Theater
Bochum
Rottstr. 29 Tel. 534
Heute und folgende Tage
abends 8 Uhr:
Die Rose von Stambul
Operette in 3 Akten von Leo Fall.

Miets-Gesuche

Bochum-Dortmund oder Duisburg!
Herrschaftliche Etage, 4 Zimmer, Küche, Speisek., Bad, Gas, Elektr., Telefon, im Süden Dortmunds sowie ebensolche in Duisburg gelegen gegen ähnliche in Bochum einzutauschen. Entgegenkommen zugesichert. Offerten unt. Nr. **13287** an die Geschäftsst. d. Z.

Zur stundenweisen Benutzung
möbl. Zimmer
für Unterrichtszwecke gesucht.
R. Vieten, Rottstr. 3.

Wir suchen für einen unserer Beamten per sof.
1 möbl. Zimmer
Angebote sind zu richten an **Heidemann & Pelzer,** Kohlenhandelsgesellschaft Bochum, Hattingerstr. 14.

Jung. selbst. Kaufmann sucht für sofort od. später
möbl. Zimmer
Wäsche sowie Einrichtung kann gestellt werden. Ang. unt. Nr. **13248** an die Geschäftsst. d. Ztg.

Solider Bürobeamter (Dauermieter) wünscht
freundl. möbl. Zimmer
mit oder ohne Pension.
Angeb. unter **F. H. 500** a. d. Geschäftsst. d. Ztg.

Offene Stellen

Schlosser Schmiede Nieter
für dauernde Beschäftigung sofort gesucht.
Orenstein & Koppel, Aktiengesellschaft Bochum.

Lehrling
mit guter Schulbildung für Kolonialwaren-Großhandlung gesucht. Angebote sind unt. Nr. **13307** an die Geschäftsstelle dies. Zeitung zu richten.

Durch das
Städtische Arbeitsamt Bochum
Trankgasse 7, Eingang E (Telefon: Stadtzentrale
werden Arbeitnehmer für alle Berufsarten vermittelt.

Junger, tüchtiger
Zeichner,
nicht unter 18 Jahren, für das statistische Zeichenbüro einer Bergwerksgesellschaft zum 1. Oktober d. J. oder später gesucht. Bedingung: Wohnsitz Bochum. Bewerbungen mit Lebenslauf und Zeugnisabschriften unt. Nr. **13281** an die Geschäftsst. d. Ztg.

Zum baldigen Eintritt suche ich eine
Kontoristin
die mit allen vorkommenden Arbeiten durchaus vertraut ist.
L. Landmann
Wilhelmsplatz 2.

Für ein kaufm. Konto wird für bald ein evang.
junges Mädchen
gesucht, das in Stenographie und Schreibmaschine etwas bewandert ist. Gute Handschrift Bedingung. Angebote mit Gehaltsansprüchen unter Nr. **13320** an die Geschäftsst. d. Ztg. erbeten

---

Mädchen oder Frau
für einige Stunden vormittags gesucht.
Trankgasse 11, 1. Etg.

Wegen Verheiratung meines jetzigen, suche ich zum 1. Septemb. ein ganz selbständiges besseres
Mädchen
für mein. kinderl. Haush.
Frau Direktor Rose, Bongardstraße 18 (Kaffee Corso)

Stellengesuche

Junger Mann
21 Jahre alt, der gezwungen ist, seinen Beruf aufzugeben, sucht einen Posten als Lagerarbeiter oder ähnl. Offert. unter **B. 111** an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Fräul., zuletzt eine Filiale geleit., sucht passende
Beschäftigung.
Ang. unt. **L. b. 45** an die Gesch. d. Ztg.

Kaufgesuche

Kaufe
und zahle hohe Preise für gebr. Möbel aller Art, auch Sofas, Federbetten Herde usw. Erbitte Karte Baron. Sedanstraße 12.

Alt-Gold
Silber, Platin,
wie: Ketten, Ringe, Bestecke, Medaillen,
alte Münzen
Zahngebisse,
Quecksilber
kauft ständ. höchstzahlend
Zahnpraxis 51, Brückstraße
Auf Haus-Nr. 51 achten!

Einfamilienhaus
Stadtwarkviertel oder Ehrenfeld mit großem Garten, eventl. erst nach Jahr. beziehbar, z. kauf. gesucht. Angeb. unt. Nr. 13305 an die Gesch. d. Ztg.

Jung. Schäferhund
auf den Namen „Gerd" hörend,
entlaufen.
Wiederbringer wird gute Belohnung zugesich.
Dom-Hotel Kaiserhof
Am Markt.

Damen-Schirm
mit silb. Krücke Donnerstag Wittener- bis Bongardstraße verloren. Geg. Belohnung abzugeb.
Wittenerstraße 2e

Nr. 206. Zweites Blatt. **Bochumer Zeitung Märkischer Sprecher** Rh.-Westf. Tageblatt Montag, 4. Sept. 1922.

Bochumer Nachrichten.

(Nachdruck unserer Originalberichte ist ganz oder auch im Auszuge nur mit genauer Quellenangabe gestattet.

Bochum, 4. Sept.

Die Herbst-Kartoffelversorgung.

Von landwirtschaftlicher Seite wird folgendes geschrieben: Vor einiger Zeit wurde in der Presse darauf hingewiesen, daß von landwirtschaftlicher und Handelsseite die genügende Stellung von Waggons für die Kartoffelversorgung beantragt worden ist. Es ist aber unbedingt erforderlich, daß auch die gesamte Verbraucherschaft endlich die notwendige Einsicht dafür erbringt, daß die Kartoffelversorgung nur dann befriedigend gelöst werden kann, wenn die Verbraucherschaft die Kartoffeln gehörigemäß abnimmt. Die Verbraucherschaft versucht mit allen Mitteln, die Kartoffelabnahme in den Monat Oktober, möglichst aber in die Zeit nach dem 15. Oktober hinauszuschieben, weil die Verbraucherschaft glaubt, daß die Kartoffeln erst in dieser Zeit die notwendige Haltbarkeit für die Winteraufspeicherung aufweisen. Diese Annahme ist nicht nur falsch, sondern hat zum wenigsten in einem ebenso starken Maße wie die Waggonstellung dazu geführt, daß die Kartoffelknappheit entstanden ist. Gewiß gibt es bestimmte Kartoffelsorten, die erst nach Mitte September ausgereift sind. Diese Kartoffelsorten kommen für die zeitige Versorgung gar nicht in Frage, denn die Landwirte ernten, im eigenen Interesse, diese spät reifenden Kartoffeln entsprechend später. Sehr viele Kartoffelsorten sind vor Mitte September ausgereift, und diese Kartoffeln sind auch schon im Frieden vor Mitte September in die Händlerhände für die Winterversorgung geliefert worden. Es ist deshalb unbedingt notwendig, daß die Bevölkerung, wenn die Kartoffeln nicht mit Fuhrwerk, sondern mit der Eisenbahn herangeschafft werden müssen, die Winterversorgung vom 12. September ab vornimmt und sich nicht auf spätere Abnahmen festbeißt, wie es bisher geschehen ist. Wenn in früheren Zeiten die Kartoffelverladung nicht zeitig eingesetzt hätte, so wäre auch früher die sichere Kartoffelversorgung nicht möglich gewesen.

Deutsche Markscheider-Tagung.

Zu einer viertägigen Tagung sind hier die deutschen Markscheider versammelt. Für die Bergbauwissenschaft ist sie von besonderer Bedeutung. Sie ist aus allen deutschen Bergbaubezirken stark besucht. Den Vorsitz führt Markscheider Dr. Mintrop-Bochum. An der Tagung nehmen auch Vertreter verschiedener Bergbauaufsichtsbezirke und Oberbergämter teil, sowie der Westfälischen Berggewerkschaftskasse, des Vereins für bergbauliche Interessen. In seiner Einleitungsrede betonte der Vorsitzende die Mitarbeit der deutschen Markscheider an der Wiederaufbauarbeit im heimischen Bergbau. Die Grüße der Stadt Bochum überbrachte Stadtbaurat Diefenbach. Die Entwickelung der Stadt erfolge auf der Grundlage von Kohle und Eisen. Als Sitz des Allgemeinen Knappschaftsvereins und der Bergschule sei sie eng mit dem Bergbau verwachsen. Weitere Begrüßungen überbrachten der Deutsche Verein für Vermessungswesen, Verein deutscher Ingenieure durch Patentanwalt Kuhlemann Bochum, Verband deutscher Diplomingenieure, die Westfälische Berggewerkschaftskasse durch Bergwerksdirektor Dach-Bochum. Es folgten nun die Vorträge wissenschaftlicher Natur mit Lichtbildern: Dr. von Gruber-München sprach über Raumbildmessung und ihre Anwendung in Bergbaugebieten, Prof. Dr. Ungenheister-Göttingen über Ursprung, Verteilung und praktische Anwendung der erdmagnetischen Kräfte, Dr. ing. Schuler-Kiel über Der Vermessungskreisel, ein neues Instrument für Richtungsbeobachtungen unter Tage. Die Vorträge werden heute fortgesetzt.

Zuständigkeitserweiterung bei Vergebung von Bahnarbeiten.

Zur Anpassung an die veränderten Geld- und Zeitverhältnisse hat der Reichsverkehrsminister unter Aufrechterhaltung der Bestimmungen für die Vergebung von Leistungen und Lieferungen die Zuständigkeiten der ihm nachgeordneten Stellen zur Vergebung von Arbeiten und Lieferungen neu geregelt. Die Reichsbahndirektionen haben allgemein die Berechtigung erhalten, innerhalb der ihnen zugeteilten Haushaltsmittel Arbeits- und Lieferungsverträge ohne Rücksicht auf den Wert des Gegenstandes und die Art der Vergebung abzuschließen. Sofern jedoch bei freihändigen Arbeits- und Lieferungsverträgen der Wert des Vertragsgegenstandes den Betrag von 5 Millionen Mark übersteigt, hat der Präsident deren Abschluß in jedem Falle besonders zu genehmigen. Bei der Beschaffung der Fahrzeuge bedarf die Zuschlagserteilung nach wie vor in jedem Falle der Genehmigung des Reichsverkehrsministers. Die den Reichsbahndirektionen unmittelbar nachgeordneten Betriebsdirektionen, Aemter, Bauabteilungen, Inspektionen sind ermächtigt worden, Arbeiten und Lieferungen, die auf Grund genehmigter Kostenanschläge oder besonderer Anordnungen auszuführen sind, freihändig bis zum Betrage von 100 000 Mk., bei beschränkter Ausschreibung bis zum Betrage von 150 000 Mk. und bei öffentlicher Ausschreibung bis zum Betrage von 500 000 Mark selbständig zu vergeben. Für die Beschaffungen des Eisenbahn-Zentralamts bleiben die bisherigen Bestimmungen unberührt.

---

ki. **Verbot der Umwandlung von Wohnräumen in Geschäftsräume.** Durch Anordnung des preußischen Wohlfahrtsministers wird bestimmt, daß die Umwandlung von Wohnräumen in Geschäfts- oder Büroräume der Genehmigung der Gemeindebehörde und der Zustimmung des Bezirkswohnungskommissars bedarf. Die Genehmigung und Zustimmung dürfen nur dann erteilt werden, wenn der Gemeinde gleichwertige Wohnräume oder entsprechende Geldbeträge zur Herstellung neuer Wohnräume überwiesen werden. Die Anordnung tritt mit ihrer Veröffentlichung in der Preußischen Gesetzsammlung in Kraft.

D **Mitgliederbeiträge durch die staatlichen Kassen.** Die Mitgliederbeiträge für Fachvereinigungen der Beamten usw. werden jetzt durch die staatlichen Kassen eingezogen. Auf den Antrag verschiedener Verbände staatlicher Beamten kann dies jetzt bei der Zahlung der Dienstbezüge geschehen. Der Handelsminister hat dafür besondere Bedingungen aufgestellt. Die Verrechnung geschieht widerruflich und ohne Gewähr. Sie ist nur gegenüber solchen Beamten und Angestellten zulässig, die dies beantragen. Auch dieser Antrag gilt auf Widerruf. Die Beiträge sollen in der Regel in vierteljährlichen Teilbeträgen zu Beginn des Kalendervierteljahres erhoben werden und auf volle Mark lauten. Pfennigbeträge sollen nur im letzten Viertel des Rechnungsjahres angesetzt werden. Die Verbände haben Listen einzureichen. Die Bestimmungen treten am 1. Oktober in Kraft.

ki. **Das Eingemeindungsgutachten vertagt.** Der Verbandsausschuß des Siedelungsverbandes Ruhrkohlenbezirk ist in seiner Sitzung vom 31. August betreffs des von ihm zu erstattenden Eingemeindungsgutachtens zu einem abschließenden Ergebnis noch nicht gelangt. Wie wir hören, ist die Weiterberatung bis in den Oktober vertagt worden.

⊙ **Männerverein vom 1. Pfarrbezirk** (Pfr. Ritter). Eine sehr gut besuchte Versammlung hielt der 1. Bezirk unter dem Vorsitz des Obermeisters Tintschmann Freitag abend im Ev. Vereinshause ab. In eingehender Weise erstattete der Vorsitzende Bericht über das letzte Familienfest. In der immer noch nicht geklärten Angelegenheit zur Gründung einer Sterbeunterstützungskasse soll in Kürze eine gemeinsame Versammlung mit den Männervereinen der anderen Bezirke stattfinden, um eine endgültige Entscheidung herbeizuführen. Im weiteren Verlaufe des Abends hielt Herr Otto Müller, ein Mitarbeiter der Mitternachtsmission, einen Vortrag über das Thema: „Volkssittlichkeit und Mitternachtsmission". Eine größere Anzahl Herren zeichneten sich in die Aufnahmeliste der Mitternachtsmission ein. Eine einsetzende rege Aussprache brachte manche wissenswerten Aufklärungen. — Die Mitternachtsmission wird am kommenden Freitag abend im Vereinshause tagen. Ein Vortrag des Herrn Pastor Ritter über „Alttestamentliche Religionsgeschichte" mußte wegen vorgerückter Stunde von der Tagesordnung abgesetzt werden.

* **Der rheinisch-westfälische Verband evangel. Knappenvereine** beging gestern in Bochum-Hamme seinen diesjährigen Herbst-Delegiertentag. Als Tagungslokal war das Vereinslokal des evang. Bergmanns-Unterstützungsvereins Bochum-Hamme, Wirtschaft Bickern, gewählt worden. Nach einer Besichtigung der Sehenswürdigkeiten der Stadt am Vormittag setzten am Nachmittag gegen 2½ Uhr die Verhandlungen ein. Mit allgemeiner Freude wurde begrüßt, daß zu den Verhandlungen auch der Reichstagsabgeordnete Winnefeld erschienen war. Dieser hielt im Laufe der Verhandlungen einen Vortrag über „Das Reichsknappschaftsgesetz und politische Fragen im Bergbau". Die einzelnen Beratungsgegenstände der umfangreichen Tagesordnung fanden eine allgemein zufriedenstellende Lösung. Der nächste Delegiertentag soll am ersten Sonntag im Monat Februar 1923 in Hiesfeld stattfinden. Im Anschluß an die Verhandlungen fand ein Gartenkonzert der eigenen Kapelle des Vereins Bochum-Hamme unter Mitwirkung des Gesangvereins „Sängerbund" Hamme statt. Wir kommen auf die Beschlüsse des Delegiertentages zurück.

D **Handwerkersonderzug nach München.** Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß der Endtermin für die Anmeldungen zur Teilnahme an der Sonderzugfahrt des Westfälischen Handwerks zur Münchener Gewerbeschau der 5. September ist. Der ermäßigte Fahrpreis für die Hin- und Rückfahrt beträgt 480 Mk. Unterkunft wird gegeben bei Münchener Gewerbetreibenden in der Preislage von 60 bis 90 Mark pro Tag. Als Termin für die Abfahrt von Hagen wurde gesetzt Freitag, 15. September, morgens 8 Uhr. Die gemeinsame Rückfahrt erfolgt am Mittwoch, 20. Sept. Der Zug wird über Hagen, Altena, Siegen, Betzdorf, Frankfurt und Würzburg geleitet werden. Meldungen mit genauer Adresse und Teilnehmerfahrt mögen bei den Westfälischen Handwerkskammern erfolgen.

Q **Die Dentisten und das Reichsknappschaftsgesetz.** Im großen Saale des Bochumer Hofes fand gestern eine stark besuchte Tagung der Vereinigung der Dentisten in rheinisch-westfälischen Bergbaubezirken unter Vorsitz des Dentisten Lemke-Mülheim-Ruhr statt, um zu dem Entwurf des Reichsknappschaftsgesetzes Stellung zu nehmen. Von den eingeladenen Mitgliedern des sozialpolitischen Ausschusses des Reichstages waren die Abgg. Adams und Ziegler erschienen. Begrüßungsschreiben hatten die Abgg. Pieper, Winnefeld und Regierungspräsident König (Arnsberg) gesandt. Syndikus Stumpe (Bochum) behandelte in längeren Ausführungen die Stellung der Dentisten zu dem genannten Gesetzentwurf. Bei den meisten Knappschaftsvereinen bestehe die Möglichkeit der Zahnbehandlung durch Aerzte und Dentisten, nicht aber beim Allgemeinen Knappschaftsverein Bochum. In dem § 15 des Entwurfes zum Reichsknappschaftsgesetz vermisse man die Gleichstellung der Dentisten mit den Zahnärzten. Der Allgemeine Knappschaftsverein verhalte sich zu der Forderung der Bergarbeiter nach freier Aerztewahl ablehnend. Bei ihm seien 61 Zahnärzte zugelassen, auf die je 8400 Mitglieder entfallen. In § 123 der Reichsversicherungsordnung seien die Dentisten ausdrücklich zur Behandlung von Krankenkassenmitgliedern zugelassen. Der Gesetzentwurf enthalte nicht mal in seiner Begründung die Forderung der Bergleute nach freier Aerztewahl. In der Besprechung protestierten die Dentisten, aber auch Bergleute gegen die Ausschließung der Dentisten beim Allgemeinen Knappschaftsverein. Folgende Entschließung wurde angenommen: „Die am 3. September d. J. in Bochum im großen Saale des Bochumer Hofes versammelten Vertreter der Dentisten aus Rheinland und Westfalen, die die Kollegen im rheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbau, im rheinischen Braunkohlenbergbau und im Siegerländer Erzbergbau vertreten, erheben entschiedenen Protest gegen die Fassung des § 15 des Entwurfes zum Reichsknappschaftsgesetz, weil in dem § 15 des Entwurfes die Dentisten von der Behandlung der Knappschaftsmitglieder einfach ausgeschlossen werden, wenn der Gesetzentwurf in der vorliegenden Form Gesetzeskraft erlangen sollte. Wenn die Dentisten bisher in der Lage waren, die Mitglieder sämtlicher Orts-, Land-, Betriebs- und Ersatzkrankenkassen, die der Reichsversicherungsordnung unterstehen, zu behandeln, und wenn weiter der Nachweis erbracht ist, daß heute schon mehr als die Hälfte aller deutschen Bergarbeiter bei den verschiedensten Knappschaftskrankenkassen sich neben den Zahnärzten auch von dem Dentisten behandeln lassen können, also die freie Wahl zwischen Zahnarzt und Dentist haben, dann ist es mehr als eine Ungerechtigkeit, bei einem solch wichtigen, das Wirtschaftsleben und speziell die Belange des Dentistenstandes scharf einschneidenden Gesetz, wie es das Reichsknappschaftsgesetz ist, einfach auszuschalten. Die Dentisten genießen das Vertrauen der Bergarbeiter. Die Dentisten haben in der Reichsversicherungsordnung staatliche Anerkennung gefunden. Es darf deshalb unter keinen Umständen ein Gesetz geschaffen werden, was gegenüber der Reichsversicherungsordnung nicht nur nicht einen Stillstand, sondern einen Rückschritt für die gesamte deutsche Dentistenschaft bedeutet. Die in Bochum versammelten Dentisten erwarten von dem Reichstag, daß er unter keinen Umständen der Fassung des § 15 in der vorliegenden Form zustimmt, sondern dahin arbeitet, daß in dem Reichsknappschaftsgesetz neben den Zahnärzten auch die Dentisten gleichberechtigte Erwähnung finden."

nbl. **Zahlungsbeginn der Unfallrente.** Wenn die Verschlimmerung eines durch Betriebsunfall herbeigeführten Leidens, für das eine Unfallrente nach der Reichsversicherungsordnung gewährt, nicht mit dem von dem Verletzten geleisteten Militärdienst, sondern mit dem Betriebsunfall ursächlich zusammenhängt, so ist, wie es in einer kürzlich ergangenen Entscheidung des Reichsversorgungsgerichts heißt, der Antrag des Verletzten auf Versorgung nach dem Militärversorgungsgesetz als Anmeldung des Anspruchs auf Rentenerhöhung im Sinne des § 611 RVO. anzusehen. Die Zahlung der erhöhten Unfallrente beginnt daher mit dem Tage der Erhebung des Anspruchs auf Versorgung. Eine Hinausschiebung der Zahlungspflicht der Berufsgenossenschaft auf den Tag, an dem die Anmeldung des Anspruchs bei ihr als tatsächlich erfolgt anzusehen ist, würde mit dem Geiste der sozialen Fürsorge nicht vereinbar sein und eine vom Gesetzgeber offenbar nicht gewollte Unbilligkeit und Härte gegenüber dem Rentenberechtigten enthalten. Dies ist besonders dann der Fall, wenn bei der Zweifelhaftigkeit, ob die Verschlimmerung des alten Unfallleidens lediglich dem Betriebsunfall zur Last zu legen ist, der Gedanke viel näher lag, daß der nicht weit zurückliegende Militärdienst dafür verantwortlich zu machen ist. (Akt.-Z. M. Nr. 4877.)

* **Hauptversammlung der Deutschen Gesellschaft für Metallkunde.** Vom 14. bis 17. Oktober 1922 wird in Essen die Hauptversammlung der Deutschen Gesellschaft für Metallkunde stattfinden. Das Pro-

Lieber spät, als niemals,
sei der gute Rat für alle die, welche infolge von schweren Operationen, chronischen Erkrankungen Wochenbetten, für alle Bleichsüchtigen, Blutarmen, Körper- und Nervenschwachen, die sich fast schon daran gewöhnt haben, den Kampf gegen die immerwährende Müdigkeit und Schlaffheit aufzugeben, weil alle Pflege und alles sich Schonen doch nichts hilft; nur nicht verzagen! Was diesem Heer der Leidenden fehlt, ist Körper und Nerven stärkende Bluterneuerung. Unter den zahllosen in Betracht kommenden Stärkungsmitteln nimmt nach vielen ärztlichen Gutachten und zahllosen Dankschreiben das von der Chemischen Fabrik J. F. Neuhaus, Ottweiler/Saar, hergestellte, seit Jahren erprobte Neoferrol einen besonderen Platz ein. Selbst die empfindlichsten Patienten nehmen es gern, weil es von anregendem, likörartigen Geschmack ist. Es ist so leicht verdaulich, daß es getrost Magenkranken gegeben werden kann, und hilft in den hartnäckigsten Fällen, wie Shakespeare in „Romeo und Julia" sagt: „O wackrer Apotheker, dein Trank wirkt schnell".
In Pillen oder flüssiger Form zu haben, Preis Mk. 125.— pro Flasche.
Niederlagen: Alte Apotheke, Marktplatz, Ecke Rosenstr.; Hubertus-Apotheke, Bochum-Ehrenfeld; Drogerie E. A. Hucklenbroich, Brückstr. 55; Drogerie F. u. H. Knepper, Dorstenerstr. 93; Drogerie Störing, Hellwegstr. 1; Germania-Drogerie, Carl Balkenhol, Kaiser-Friedrich-Platz 9; Humboldt-Drogerie, Eugen Schuh, Allee- u. Humboldtstr.-Ecke; Kronen-Drogerie, Josef Grosche, Jäger- u. Kronenstr.-Ecke; Präsident-Drogerie, Friedr. Meißner, Dorstenerstraße 72; Rechen-Drogerie, Heinrich Wippermann jr., Westfalenplatz; Schwanen-Drogerie, A. Peil, Friedrichstr. 34; Stadt-Drogerie, Bongardstr. 19; Westfalia-Drogerie, Hattingerstr. 34. In Weitmar b. Bochum: Drogerie W. Stens, Hattingerstr. 98; Drogerie Otto Wehmer, Hattingerstr. 195.

Steffani Drehsa.

Roman von Alexandra v. Bosse.

40) (Nachdruck verboten)

Die Kutschpferde trabten schwerfällig und widerwillig auf der harten Straße dahin. Sie waren müde von der Erntearbeit und sobald die geringste Steigung kam, fielen sie in Schritt. Sie brauchten für die Strecke fast die doppelte Zeit als Steffanis leichte Wagenpferde. Stumm saß die Frau neben dem ärgerlichen Gatten; ihr Schweigen machte ihn noch unwilliger. Zurückgelehnt, zerbiß er seinen Schnurrbart und immer wieder rief er dem Kutscher zu, schneller zu fahren. Wagnitz hatte Angst! Angst und Gewissensbisse. Die in ihm künstlich hochgezüchtete Wut gegen Steffani schwieg jetzt, erstickt durch die Sorge, die in ihm lebendig geworden. Lottis Ausruf, daß Steffani sich etwas angetan haben könnte, beunruhigte und erschreckte ihn mehr, als er zu zeigen für gut befunden. War er zu hart gewesen? Zu unbarmherzig? Hätte er der Tochter nicht mehr glauben sollen als unverantwortlichem Gerede? Seine Haltung war vielleicht schuld, daß dies Gerede nicht zur Ruhe gekommen . . . Nein, es mußte doch Wahres daran gewesen sein, wenn es sogar zu einem Zweikampf kommen konnte. Und doch — vielleicht hätte er weniger hart sein müssen. Er hatte sie gut erzogen, er kannte sie. Wenn sie nun alles sich zu Herzen genommen und, nun noch durch die letzte Unglücksgeschichte zur Verzweiflung gebracht, in einem Augenblick seelischer Bedrückung sich nicht mehr zu halten vermocht und . . .

„Fahren Sie doch schneller!" schrie er dem Kutscher zu.

Als sie in Dohneck ankamen, hielt noch der Doktorwagen vor der Freitreppe. Der alte Doktor Laffert und das Fräulein kamen ihnen oben im Vorsaal entgegen.

„Wie geht es ihr?" fragte Wagnitz.

„Keine Sorge!" beruhigte der alte Doktor, der auch Hausarzt in Wagnitz war. „Es geht schon so weit. Ich gab der Frau Gräfin ein beruhigendes Pulver, etwas, wonach sie schlafen wird. Soll nicht gestört werden."

„Aber von was kann denn das gekommen sein?" erkundigte sich Frau von Wagnitz und wollte Doktor Laffert ins Haus nötigen. Doch er lehnte ab, er habe leider keine Zeit, müsse zu einem Schwerkranken.

„Folge schwerer Gemütsbewegung," meinte er, „könnte es sein, oder andauernder Sorge." Dabei blickte er durch seine scharfen Brillengläser Herrn v. Wagnitz fragend an und fügte achselzuckend hinzu: „Erklären wollte mir die Frau Gräfin nichts. Vielleicht wissen Sie . . ?"

Natürlich hatte der Arzt, der in der ganzen Gegend herumkam, dies und das gehört, was den über Steffani und Treben verbreiteten Klatsch betraf, vielleicht auch schon von dem Duell erfahren und sich daraus seinen Vers gemacht. Aber Wagnitz wollte von der widerwärtigen Geschichte nicht mehr sprechen und fragte nur, ob irgendwelcher Grund zu Besorgnis wäre, und das verneinte Laffert.

„Etwas unruhiger Puls, weiter nichts. Wird sich schon geben, wenn die Frau Gräfin ganz in Ruhe gelassen wird. Hat ja eine ausgezeichnete Natur. Nur Aufregungen müssen ihr in nächster Zeit unbedingt ferngehalten werden."

Damit empfahl er sich.

Und nun erzählte das Fräulein, wie man die Frau Gräfin bewußtlos gefunden, wie es trotz aller Mühe lange nicht möglich gewesen, sie aus ihrer Ohnmacht zu erwecken. In ihrer Angst habe sie nach Wagnitz telegraphiert und den Arzt herbeigerufen.

Frau v. Wagnitz wollte ihre Tochter sehen. Das Fräulein wagte nicht, sie abzuhalten. Aber Steffani schlief; das Pulver, das ihr Doktor Laffert gegeben, tat seine Wirkung. Frau v. Wagnitz trat leise an das Bett, und es ergriff sie, zu sehen, wie schmal Steffanis Gesicht in letzter Zeit geworden und wie blaß es war. Wagnitz blieb an der Tür, wo Babette stand und beschwörend die Hände hob, wenn Herr v. Wagnitz Miene machte, sich einen Schritt weiter ins Schlafzimmer hinein zu begeben.

Er wagte sich auch nicht weiter. Er sah Steffani von der Türe aus, sah, wie blaß sie war, fast wie eine Tote. Und da sie noch ein Kind gewesen, als er sie zuletzt schlafend gesehen, rührte ihn ihr Anblick. Sie lag ganz regungslos und kaum atmend, in der Betäubung des künstlich hervorgerufenen Schlafes.

Leise entfernten sich die Eltern wieder, Frau v. Wagnitz noch sehr besorgt, der Gatte ziemlich beruhigt. Ehe sie fortfuhren, ordnete er an, daß man am folgenden Morgen ein Telegramm senden sollte, das über das Befinden der Frau Gräfin berichtete.

*

Dieses Telegramm gab Steffani am folgenden Morgen selbst auf:

„Mein Befinden sehr gut — weitere Sorge nicht nötig. Steffani."

Sie hoffte, daß sich danach die Eltern nicht veranlaßt fühlen würden, nach Dohneck zu kommen. Es erschien ihr unerträglich, sie jetzt zu sehen, sogar wenn beide es vermieden, den wunden Punkt zu berühren. Am Nachmittag aber stapften doch die schweren Kutschpferde von Wagnitz den Berg nach Dohneck hinauf.

Zufällig hatte Steffani den Wagen unten auf der Landstraße vorbeifahren sehen, erkannt, und daraufhin rasch den Tee auf der Veranda anrichten lassen, wo sie die Eltern erwartete.

Es war ein schöner Herbsttag, warm und sonnig. Steffani trug ein weißes Wollkleid, das am Halsausschnitt und an den weiten Aermeln mit zarten Spitzen verziert war. Ihre Wangen hatten sich durch die leichte Aufregung, die sie in Erwartung der Eltern ergriffen, leicht gerötet. So sah sie frisch und wohl, beinahe blühend aus, als sie ihnen entgegentrat, sie zu begrüßen.

„Wir wollten doch selbst sehen, wie es dir geht, liebste Steffi!" Frau v. Wagnitz umarmte sie zärtlich.

„Aber du siehst ja ganz wohl aus — wirklich ganz wohl!" sagte der Vater; es klang beinahe enttäuscht.

„Ich bin ja auch nicht krank," erwiderte sie ruhig. „Es war nur ein Schwindelanfall."

„Aber du sollst fast eine Stunde lang bewußtlos geblieben sein!"

„Vielleicht hatte ich mir, als ich umsank, den Kopf an der Säule gestoßen."

Als sie beim Tee saßen, kamen die Kinder, küßten den Großeltern artig die Hand.

„Wie ähnlich doch Petérchen seinem Vater wird!" meinte Frau v. Wagnitz.

„Ja, er ist ganz wie Rüdiger!" sagte Steffani.

Sie sprachen dann von dem schweren Herbstgewitter, das vor einigen Tagen über die Gegend niedergegangen war, und Steffani erzählte, daß der Blitz eine der größten Eichen im Park zerschmettert habe. Als die Kinder sich entfernt hatten, und der Wagen bestellt war, äußerte Wagnitz unsicher: „Ich muß dir doch sagen, Steffi, daß ich an Rüdiger telegraphierte. Ich hielt das für richtig."

Da wurde Steffani blaß und sah auf einmal ganz elend aus.

„Du hast ihn zurückgerufen?" fragte sie mit gepreßter Stimme.

„Ja." Wagnitz räusperte sich stark. „Ich hielt es für meine Pflicht, und — ich denke, das muß dir doch auch recht sein . . . oder nicht?"

Da richtete Steffani sich stolz auf und sah den Vater mit ihren klaren Augen ruhig an.

„Ich kann seinem Kommen mit Ruhe entgegensehen!" sagte sie mit fester Stimme.

„Nun, es soll mich freuen, wenn du das kannst!" erwiderte ihr Vater.

*

Seit Steffani wußte, daß Rüdiger durch ihren Vater telegraphisch heimgerufen war, begann sie von neuem verzweifelten Stimmungen anheimzufallen. Sie war in ihren Grübeleien so weit gekommen, daß sie die geringsten Kleinigkeiten, die sie früher kaum beachtet, als schwere Belastungen empfand. Wenn schon die Tage für sie in ihrer Vereinsamung schwer zu ertragen waren, so fürchtete sie sich seit einiger Zeit vor den langen, stillen Nächten, in denen sie keine Ruhe fand. Bis in den Schlaf verfolgte sie die ständig nagende, zehrende Sorge, was Rüdiger tun würde, wenn er zurückkam und wie alle anderen finden würde, daß sie nicht ohne Schuld sein konnte. Sie erschauerte bei der Vorstellung, daß Rüdiger sich von ihrer Schuld überzeugen lassen und sich für immer von ihr abwenden würde.

Die schlaflosen Nächte, die trüben Gedanken, die sie auch bei Tage immer peinigender und hartnäckiger befielen, griffen Steffanis Gesundheit nach und nach sehr an, und sie, die immer auf ihre starke Natur gepocht, wurde reizbar, erschrak bei dem geringsten unerwarteten Geräusch und bekam Herzklopfen, wenn sie rasch sich nähernde Schritte vernahm. Zuweilen weinte sie ohne jeden Grund.

(Fortsetzung folgt.)

u. Ein-
chränke
& Co.,
nger, tüchtiger
eichner,
unter 18 Jahren, für
statistische Zeichen-
großer Bergwerks-
lschaft zum 1. Oktober
, oder später gesucht.
ina.-Wohnstr Bochum.
ewerbungen mit Le-
lauf und Zeugnisab-
ften unt. Nr. 13281
die Geschäftsst. d. Ztg.
um baldigen Eintritt
e ich eine
ontoristin
mit allen vorkommen-
Arbeiten durchaus
traut ist.
L. Landmann
Wilhelmsplatz 2.
ir ein kaufm. Konto
d für bald ein evang.
junges
Mädchen
acht, das in Steno
graphie und Schreibm
ne etwas bewander
Gute Handschrift Be
gung. Angebote m
haltsansprüchen unt.
13320 an die Ge
ftsst. d. Ztg. erbeten
ädchen oder Frau
r einige Stunden vor
ttags gesucht.
Transgasse 11, 1. Etg.
Wegen Verheiratung
eines jetzigen, suche ich
m 1. Septemb. ein ganz
bständiges besseres
Mädchen
r mein. kinderl. Haush
Frau Direktor Rose,
Bongardstraße 18
(Kaffee Corso)
Stellengesuche
Junger Mann
Jahre alt, der ge-
wungen ist, seinen Beruf
aufzugeben, sucht einen
posten als Lagerarbeiter
der ähnl. Offert. unter
111 an die Geschäfts-
stelle dieser Zeitung.
Fräul., zuletzt eine Fi-
iale geleit., sucht passende
Beschäftigung.
ing. unt. L. b. 45 an die Ge
esch. d. Ztg.
Kaufgesuche
Kaufe
und zahle hohe Preise für
gebr. Möbel aller Art,
auch Sofas, Federbetten
Herde usw. Erbittekarte
Baron. Sedanstraße 12.
Alt-Gold
Silber, Platin,
wie: Ketten, Ringe, Be-
stecke, Medaillen,
alte Münzen
Zahngebisse,
Quecksilber
kauft ständ. höchstzahlend
Zahnpraxis 51,
Brückstraße
Auf Haus-Nr. 51 achten!
Einfamilien-
haus
Stadtparkviertel oder
Ehrenfeld mit großem
Garten, eventl. erst nach
Jahr, beziehbar, z. kauf.
gesucht. Angeb. unt. Nr.
13305 an die Gesch. d. Ztg.
Jung. Schäferhund
auf den Namen „Gero"
hörend,
entlaufen.
Wiederbringer wird
gute Belohnung zugesich.
Dom-Hotel Kaiserhof
Am Markt.
Damen-Schirm
mit silb. Krücke Donners-
tag Wittener- bis Bon-
gardstraße verloren.
Geg. Belohnung abzugeb.
Wittenerstraße 2e

gramm enthält neben den geschäftlichen Verhandlungen der hochangesehenen wissenschaftlichen Gesellschaft folgende Vorträge: Oberingenieur Th. Metzger, Düsseldorf, „Die elektrischen Schmelzöfen für Nichteisenmetalle"; Dr.-Ing. A. Peter, Berlin, „Das Pressen von Metallen"; Dr. Schiebold, „Die Röntgenstrahlen und ihre Bedeutung für unser Wissen (Aufbau der Metalle)"; Prof. Dr. W. Fränkel, Frankfurt a. M., „Die Korrosion der Metalle". Mit der Tagung werden auch einige Ausflüge in Werke der Metallindustrie Rheinland-Westfalens verbunden sein. Die Deutsche Gesellschaft für Metallkunde ist vor wenigen Jahren auf Anregung der Industrie ins Leben gerufen worden, um die Kenntnis von Metallen und Legierungen, mit Ausnahme des Eisens, zu fördern. Der Tagung wird aus weiten Kreisen der in- und ausländischen Fachwelt und des Wirtschaftslebens Interesse entgegengebracht.

Aufhebung der britischen Postanstalten in China. Die britischen Postanstalten in China werden gegen Ende ds. Js. aufgehoben. Wertbriefe, Postanweisungen und Pakete nach China durch Vermittlung dieser Postanstalten sind von jetzt an nicht mehr zugelassen.

Ein Famaliendrama entrollte die Verhandlung der Ferienstrafkammer gegen den Bergmann Karl Lickel von hier. Vom Schöffengericht war er wegen gröblichster Mißhandlung seines bejahrten Vaters zu 2000 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Zwischen dem Verletzten und seiner Frau besteht seit Jahren ein gespanntes Verhältnis, das zu mancherlei unerfreulichen Begleiterscheinungen im Familienleben geführt hat, selbst zu Gerichtsprozessen. Der Angeklagte ergriff die Partei der Mutter, die nach Aussagen eines Stiefsohnes ihre Söhne mehrfach aufgehetzt habe, „dem Vater das Fell zu verhauen". Am 4. April kam es im Beisein der Mutter zwischen Vater und Sohn bei abgeschlossener Zimmertür zu einem Streit, in welchem der Vater sich mit einem Hackenstiel zur Wehr setzte. Der Sohn entwand ihm diese Waffe und schlug dann unbarmherzig auf den Vater ein, der zu Boden sank. Aber auch jetzt setzte der Sohn die üble Behandlung des Vaters fort, der schließlich blutüberströmt, an der linken Körperseite zerschunden, sich aus dem Zimmer schleppte und hilferufend die Wohnung eines Hausnachbarn aufsuchte, der für seine Ueberführung ins Krankenhaus Sorge trug. Wohl an 20 Schläge mit dem Hackenstiel hatte der Vater erhalten. Nach dem ärztlichen Befunde war der Vater geradezu jämmerlich zugerichtet worden. Der Vorsitzende der Strafkammer ließ dem Angeklagten eine strenge Verwarnung zuteil werden. Die Berufung blieb bei der geschilderten Sachlage erfolglos.

Unfall. Freitag abend gegen 8 Uhr glitt an der Unterführung am Hauptbahnhof die Johanna M. aus der Ehrenfeldstraße aus, fiel hin und zog sich einen Beinbruch zu.

Sittlichkeitsverbrechen. Der Arbeiter Strazalla von hier wurde wegen Sittlichkeitsverbrechens zu 1 Jahr Gefängnis, der Arbeiter Verlanda von hier wegen gleicher Straftat zu 8 Monaten Gefängnis verurteilt.

Aus dem Landkreise Bochum.

* **Langendreer**, 2. Sept. Die Amtsversammlung hat beschlossen, einen besoldeten technischen Beigeordneten anzustellen (Besoldungsgruppe 11). Die Stelle wird ausgeschrieben. Die Anstellung des Desinfektors Haßmann wurde ab 1. August beschlossen. Es sollen zwei Polizeihunde angeschafft werden. Die Gemeinderatssitzung beschäftigte sich u. a. mit dem Antrag der Bauhütte Bochum um Erhöhung der Beteiligung der Gemeinde Langendreer. Die Erhöhung wurde nach warmer Empfehlung von 50 000 Mark auf 200 000 Mark beschlossen. Die Jahresstundenentschädigung für den Fortbildungsunterricht wurde verdreifacht. Der Arbeiterabstinentenbund wünscht eine Abstimmung in der Gemeinde (ähnlich wie in Bielefeld) über die Alkoholfrage. Der Gemeindevorsteher entgegnete auf eine Anfrage, daß in Langendreer schon lange bei Neuanträgen auf Schankkonzessionen das Bedürfnis verneint werde. Verlangt wurde schärfste Kontrolle der Polizeistunde. Der Abstimmungsantrag soll an den Kreisausschuß abgegeben werden; damit die Entscheidung für ein größeres Gebiet gesucht werde.

Aus der Nachbarschaft.

Die Amtsversammlung über den Verkauf der Burg Blankenstein.

th. **Blankenstein**, 2. Sept. Die Amtsversammlung des Amtes Blankenstein hatte zu einer Sitzung unter dem Vorsitz des Beigeordneten am 1. d. eingeladen. Vor Eintritt in die Tagesordnung gab der Gemeindevorsteher Pannenbecker folgende Erklärung ab:

Durch die Tagespresse ging unlängst die Mitteilung, daß die Burg Blankenstein in den Besitz der Stadt Bochum übergegangen sei. Das lange Gefürchtete ist somit eingetroffen, und damit ist das Amt Blankenstein wieder um eine Enttäuschung reicher geworden. Die Notiz war jedoch kaum bekannt geworden, als auch schon dunkle Kräfte den Versuch unternahmen — und jetzt noch unternehmen, — der Bevölkerung glauben zu machen, die Verwaltung des Amtes Blankenstein sei für diesen Verlust verantwortlich zu machen. Demgegenüber sei zur Steuer der Wahrheit gesagt: Als die Verhandlungen bekannt wurden, die zwischen dem Vertreter der Stadt Bochum und dem Besitzer der Burg gepflogen wurden, wurde sofort eingegriffen. In welcher Weise, das mag Ihnen aus berufenem Munde mitgeteilt werden. Nur soviel sei gesagt, es ist nichts versäumt worden. Der Mißerfolg ist nicht auf die Verwaltung des Amtes Blankenstein zu schieben, sondern auf das Verhalten der Beteiligten. Es soll früher einmal Männer gegeben haben, die mit allen Mitteln die Hintertreppenpolitik bekämpft haben und dabei selbst nicht vor dem Gefängnis zurückschreckten. Heute befinden sich dieselben in Amt und Würden und begünstigen nicht nur solche Kulissenarbeit, sondern sind deren eifrigste Verfechter. Die Moral ist eben bei manchen Menschen kein festes inneres Gefüge, sondern unterliegt der schwankenden Bewegung der Valuta. Was früher im Interesse der Allgemeinheit bekämpft wurde, wird jetzt als Interessent einer bestimmten Gruppe befürwortet. [illegible]

Männer selbst gerichtet. Die Stadt Bochum zahlt für die Burg und das Grundstück 1 000 000 Mark, inkl. Inventar, und unbekümmert um den überlebenden Teil, dem bisherigen Besitzer eine lebenslängliche Rente in Höhe von Gruppe 12 der staatlichen Besoldung. Ohne dem Leiter des Amtes Blankenstein vorgreifen zu wollen, halte ich mich zu dieser Erklärung für verpflichtet, um Irreführungen in der öffentlichen Meinung zu verhindern.

Ueber den Stand der Brückenbausache Kemnade wurde ausführlich Mitteilung gemacht. Bekanntlich sollte die Brücke im Jahre 1914 schon zur Ausführung gelangen, alle Arbeiten waren vergeben, schon waren die Baubaracken aufgeschlagen, als der Krieg ausbrach. Das ganze Projekt wurde dadurch zunichte gemacht. Ein jetziger Brückenbau würde mindestens 35 000 000 Mark, wenn nicht noch mehr kosten. So günstig die Amtsversammlung und auch sämtliche Gemeinden dem Projekt gegenüber stehen, bleibt doch keine andere Wahl, als wie einstweilen das ganze Projekt zurückzustellen. Der Amtsverband beabsichtigt bekanntlich eine Amts-Sparkasse zu gründen. In dieser Angelegenheit ist ein Bescheid des Oberpräsidenten eingegangen, der in der Amtsversammlung bekanntgegeben wird. Auch dies Projekt soll einstweilen noch zurückgestellt werden. Die Amtsversammlung hat gestern für die Gemeinden Welper und Stiepel eine Anleihe von 15 000 000 Mark aufgenommen, davon für die Gemeinde Welper 10%, für Stiepel 5 000 000 Mk. Welper will das Geld in der Hauptsache für den Ausbau der Siedlungsbauten, der neuen Schule, der Verlegung des Emscherbrunnens und zur Herstellung einer neuen Reinigungsanlage. Stiepel will ebenfalls das Geld zur Fertigstellung der Siedlungsbauten und zur Ausbesserung der Wege verwenden. Die Jugendamt usw. macht eine Aenderung der inneren Aufstellung neuer Büros für das Wohnungsamt, Betriebe notwendig, womit wahrscheinlich auch bauliche Veränderungen verbunden sein werden. Es wurde eine Kommission gebildet, die eine Besichtigung vornehmen soll und im Anschluß daran auch beschließt.

* **Linden-Dahlhausen**, 2. Sept. Feuer entstand auf bis jetzt unaufgeklärte Weise auf dem Bodenraum von Tiggemanns Kotten; es wird aber angenommen, daß das am Tage vorher eingefahrene Stroh sich entzündet und das Haus in Brand gesetzt hat. Der Dachstuhl und ein Teil der Innenwände sind vernichtet, dagegen wurde das Mobilar gerettet. Drei Familien sind obdachlos geworden. Die Dahlhauser Feuerwehr erschien auf der Brandstätte und leistete mit den Nachbarn die erste Hilfe.

Q **Herne**, 2. Sept. Ins Zuchthaus wollte der Schlosser Heinrich Läufer von Herne beileibe nicht. Das Schöffengericht hatte den unverbesserlichen Menschen für einen längeren Aufenthalt im Zuchthaus reif befunden, indem es ihn wegen wiederholten Rückfalldiebstahles zu der Mindeststrafe von einem Jahre Zuchthaus verurteilt hatte. L. legte Berufung ein mit dem Ersuchen, die Strafe in Gefängnis umzuwandeln. Die Bochumer Strafkammer sah sich daraufhin das Strafregister des Angeklagten näher an: Das Ergebnis der Prüfung wurde drastisch durch die Aeußerung des Vorsitzenden beleuchtet, daß einem bei Ansicht des Strafregisters die Haut schaudert. Nicht weniger als 21 Vorstrafen, darunter 10 wegen Einbruchdiebstahles, weist dieses auf. Die Strafkammer ließ daher die Strafe 1 Jahr Zuchthaus, 5 Jahre Ehrverlust und Polizeiaufsicht bestehen.

* **Wattenscheid**, 2. Sept. Preisfragen. Die Wattenscheider Gewerbetreibenden veranstalteten eine gemeinsame Aussprache über die Preisfrage für Lebensmittel. Einstimmig kam zum Ausdruck, daß die Gewerbetreibenden in dieser Stunde der Gefahr sich zusammenschließen und mit den Vertretern der Verbraucher, den Gewerkschaften und Beamtenverbänden Fühlung nahmen müßten zur gemeinsamen Abwehr der drohenden Gefahren. Folgender Beschluß wurde einstimmig gefaßt: Die Versammlung legt schärfsten Protest ein gegen die Preisdiktate, der Syndikate, die heute freihändig zu Valutapreisen verkaufen und zudem noch meistens Vorauszahlungen verlangen. Eine Kommission bestehend aus den Kaufleuten Nassenstein, Kordt, Hake, Flöring und Schumacher wurde gewählt, damit diese die vorbereitenden Schritte für die beschlossenen Maßnahmen unternimmt.

≠ **Witten**, 2. Sept. Schließung der Kinos. Die hiesigen Lichtspieltheater werden am 15. ds. Mts. ihre Pforten schließen, weil der Magistrat das Gesuch um Ermäßigung der außerordentlich hohen Lustbarkeitssteuer abgelehnt hat.

Handel / Industrie / Verkehr

1 Dollar am 2. Sept. 1348 Mark.
(Nach der amtlichen Berliner Notierung) „ 1. „ 1298 „

Amtliche Devisenkurse. (Berlin)

Für drahtliche Auszahlungen		1. Sept. Geld	1. Sept. Brief	2. Sept. Geld	2. Sept. Brief	Höchst. bish. G.
Holland	100 G.	48938.7	49061.2	51935.0	52065.0	76963.7
Belgien	100 Fr.	9338.30	9361.70	9937.55	9962.45	14583.
Norwegen	100 Kr.	21573.	21627.	22947.1	22302.8	33957.
Dänemark	100 Kr.	27765.2	27834.7	28764.0	28836.0	42696.5
Schweden	100 Kr.	34956.2	34043.7	35455.6	35544.4	52534.2
Italien	100 Lir	5617.95	5632.05	5892.60	5907.40	5817.20
England	1 St.	5593.—	5607.—	5967.50	5982.50	8789.—
Amerika	1 D.	1298.37	1301.63	1348.31	1351.69	1972.53
Frankreich	100 Fr.	10087.3	10112.6	10436.9	10463.1	16330.8
Schweiz	100 Fr.	24569.2	24630.7	25518.5	25581.9	37652.8
Spanien	100 Pes.	20074.8	20125.1	20699.5	20750.9	30636.6
Dtsch.-Oest.	100 Kr.	1.78	1.82	1.90	1.94	—
Tsch.-Slow.	100 Kr.	3870.15	3879.85	4414.45	4425.55	6441.90
Ungarn	100 Kr.	56.93	56.07	59.92	60.08	99.87

* **Der Luxus der Fernkabel.** Der in London mit Unterstützung durch den Generalpostmeister erscheinenden Fachzeitschrift „The Telegraph and Telephone Journal" entnehmen wir folgende Auslassung: „Wir tragen im allgemeinen Bedenken, uns mit der Politik, vor allem mit internationaler Politik, in dieser Zeitschrift zu befassen. Wenn aber die Politik die Entwicklung des Fernsprechs betrifft, so glauben wir, daß das Sprichwort: „Schuster bleib bei deinem Leisten" kaum auf uns angewendet werden kann, wenn wir dazu eine Bemerkung machen. Zeitungsnachrichten zufolge hat die interalliierte Kommission bei der deutschen Regierung wegen ihres Planes, ein Fernkabelnetz in Deutschland anzulegen, Vorstellungen erhoben. Deutschland legte dar, daß die Auslegung dieser Kabel notwendig sei, um den Fernsprechdienst wieder wirksam zu gestalten. Die Kommission soll geantwortet haben, daß die Auslegung ein Luxus sei, den Frankreich und England sich selbst nicht gestatten. Wie unseren Lesern jedoch bekannt ist, hat in Großbritannien der Ausbau eines ausgedehnten unterirdischen Kabelnetzes für den Verkehr auf große Entfernungen begonnen und ist in gutem Fortschreiten begriffen. Wir brauchen nicht zu erklären, daß wir für die deutsche Regierung keine Lanze einlegen wollen, aber wir wollen für die Entwicklung des Fernsprechers in Europa eine Lanze brechen. Solange die Ansicht, der Fernsprecher sei ein Luxus, von europäischen Regierungen beliebt wird, solange wird Amerika die alte Welt in der Entwicklung des Fernsprechers überflügeln. Was Europa für das Gedeihen seiner Wirtschaft und seines Handels dringend braucht, ist die höchste Leistungsfähigkeit und die größte Ausdehnung nicht nur der inneren Linien eines Staates, sondern auch der zwischenstaatlichen Telegraphen- und Fernsprechlinien. Wenn das verwirklicht ist, werden die Leiter der Telegraphenverwaltungen nicht mehr wie bisher es nötig haben, vor ihren Parlamenten Entschuldigungsreden zu halten, weil ihre Länder im Vergleich mit den Vereinigten Staaten, was Verkehrsverhältnisse anbelangt, eine schlechte Figur machen."

* **Wiedereinführung von Börsenfeiertagen?** Infolge des starken Anschwellens der Kauf- und Verkaufsaufträge sind die Banken zum Teil, wie in der großen Hausseperiode des vorigen Jahres, mit Arbeit so überlastet, daß eine ordnungsgemäße Erledigung sämtlicher Orders kaum mehr durchzuführen ist. Infolgedessen ist in Bankkreisen der Wunsch nach Wiedereinführung von Börsenruhetagen laut geworden; u. a. soll demnächst beim Berliner Börsenvorstand ein Antrag auf Einstellung des Börsenverkehrs am Freitag gestellt werden. Wenn man sich auch der Tatsache nicht verschließen kann, daß die Banken zurzeit zweifellos überlastet sind, so muß doch andererseits die durch die Wiedereinführung von Börsenfeiertagen im Publikum entstehende Unsicherheit als ein Moment gewertet werden, das stark gegen die geplante Maßnahme spricht. Gerade wenn eine Beteiligung des Publikums am Börsenverkehr durch Kauf- und Verkaufsorders gewünscht wird, so ist eine möglichst genaue Information über die jeweilige Börsenlage notwendig. Vielleicht trägt auch die kürzlich einsetzende Baissebewegung dazu bei, eine Entlastung der Banken herbeizuführen und so die geplante Maßnahme als unnötig erscheinen zu lassen.

* **Die Mitropa**, Mitteleuropäische Schlaf- und Speisewagen A.-G. wird laut Frkf. Ztg. eine Kapitalverdoppelung um 40 Mill. Mark Stamm- und 4 Mill. Mark Vorzugsaktien vornehmen. Für das Geschäftsjahr 1920 und 1921, dessen Ergebnis durch den Prozeß mit der Compagny Internationale erst jetzt vorgelegt werden wird, dürfte die Ausschüttung einer erhöhten Dividende gestatten (i. V. 8 Prozent).

Aus den Provinzen.

≠ **Gelsenkirchen**, 2. Sept. Abfluten der Spareinlagen. Bei der städtischen Sparkasse ist im Monat Juli die Zahl der Sparbücher um 460 und der Einlagebestand um 7 675 236 Mark zurückgegangen. Auch im Scheck- und Giroverkehr war ein beträchtlicher Rückgang zu verzeichnen.

* **Rotthausen**, 2. Sept. Eine Gemeindevertretersitzung war auf gestern nachmittag 5 Uhr anberaumt. Als nach ihrer Eröffnung durch den Beigeordneten Nienhausen zur Erledigung der 19 Punkte umfassenden Tagesordnung geschritten werden sollte, stellte der Sprecher der Mehrheitsparteien den Antrag, über Punkt 19 an erster Stelle zu verhandeln, der die Umbenennung von Straßen betrifft. Ihm schloß sich der kommunistische Vertreter Samureit an, der eine seiner üblichen Hetzansprachen, die man nicht anders als mit Brandrede bezeichnen kann, hielt. Als Sprecher der bürgerlichen Parteien erklärte Dissen, daß sich diese mit einer Aenderung der Tagesordnung keinesfalls einverstanden erklären und Wert darauf legen, daß die Tagesordnung so, wie sie aufgestellt sei, behandelt würde. Würde gleichwohl beschlossen werden, zuerst über Punkt 19 zu verhandeln, so würden die genannten Parteien es ablehnen, an den weiteren Verhandlungen teilzunehmen. Es wurde darauf über den mehrheitssozialistischen Antrag abgestimmt, dem sämtliche Linksparteien ihre Stimmen gaben, während sich die bürgerlichen geschlossen dagegen erklärten und den Saal verließen. Die Versammlung wurde dadurch beschlußunfähig und die Sitzung aufgehoben.

w. **Hagen**, 2. Sept. Heute vormittag gegen 8.30 Uhr fuhr im Bahnhof Westhofen der Personenzug 613 auf den Vorzug 615, der wegen Lokomotivdefekt unmittelbar nach Abfahrt und Ueberfahrt des Ausfahrsignals zurücksetzte. Vier Personen wurden schwer und sechs leicht verletzt. Der Verkehr wird durch Ueberholungsgleis aufrechterhalten. Die Untersuchung über die Schuldfrage ist im Gange.

≠ **Neheim**, 2. Sept. Hohe Jagdpacht. Bei der Neuverpachtung der hiesigen etwa 2000 Morgen umfassenden Gemeindejagd wurde ein Pachtpreis von 91 000 Mark erzielt.

≠ **Coesfeld**, 1. Sept. Guillotiniert. Auf der Strecke Klye-Gescher wurde ein Schneidergeselle aus Epe von einem Personenzuge überfahren. Dem Unglücklichen wurde der Kopf vom Rumpfe getrennt. Der junge Mann hatte sich in angetrunkenem Zustande auf den Bahnkörper zum Schlafen gelegt. Bei dieser Gelegenheit hat er den Tod gefunden.

≠ **Rhede**, 2. Sept. Abenteuerliche Flucht. Der berüchtigte Kirchenräuber Lübbers von hier ist mit seinen Kumpanen Telking und Spiegelhoff in Gescher entflohen. Die drei sollten von Münster nach Bocholt gebracht werden, wo gegen sie in einer Diebstahlssache verhandelt werden sollte. Unterwegs schlugen sie den Wächter nieder und sprangen aus dem fahrenden Zuge.

≠ **Teckberge**, 2. Sept. Im Wahnsinn. In der Ortschaft Welsede hat der Bahnarbeiter W. Börgerling, der schon wiederholt in der Irrenanstalt gewesen ist, in einem neuen Anfall seinem Bruder den Bauch aufgeschlitzt. Nur mit Mühe konnte der Irrsinnige gebändigt und in die Irrenanstalt gebracht werden.

* **Hamborn**, 2. Sept. Eine frohe Botschaft. Dieser Tage erhielt ein Arbeiter der August Thyssen-Hütte von einer Bank die Nachricht, daß für ihn 5000 Dollar aus Amerika zur Zahlung angewiesen seien. Man kann sich die Freude vorstellen, die den Mann erfaßte, da 5000 Dollar nach dem jetzigen Valutastande ungefähr 7 Millionen Mark ausmachen.

* **Süchteln**, 2. Sept. Großer Diebstahl. Einem hiesigen Bürger waren 150 000 Mark gestohlen worden. Als er Anzeige erstattete, stellte die Polizei fest, daß der Diebstahl von dem eigenen Sohn und der Schwiegertochter des Bestohlenen verübt worden war.

* **Büderich**, 2. Sept. 3 Kinder verunglückt. Hier ereignete sich ein schwerer Unglücksfall. Drei Kinder, die in einer Kiesgrube Schutz vor Regen suchten, wurden von einer herunterfallenden Kiesmasse verschüttet. Zwei Knaben im Alter von 2 und 10 Jahren konnten nur noch als Leichen, ein 12jähriges Mädchen mit schweren Verletzungen hervorgeholt werden.

* **Köln**, 1. Sept. Zur Brotversorgung. Die Ablehnung des Schiedsspruches durch die Kölner Brotfabriken führte auf sämtlichen Brotfabriken zu einer Arbeitsniederlegung. Die Brotversorgung der Bevölkerung ist nicht gefährdet. — Beschlagnahme Zucker. Den Kölner Waisenhäusern und sonstigen Anstalten für Kinder- und Säuglingsfürsorge wurde der von der Wucherpolizei beschlagnahmte und von den Händlern zurückgehaltene verbilligte Zuer übergeben, so daß auf den Kopf 1½ Pfund kommen. Es handelt sich um 2000 Kinder. — Gefälschtes Gewicht. Die Wucherpolizei nahm in verschiedenen Stadtteilen eine Revision der Wagen in den Lebensmittelgeschäften vor. In etwa 15 Fällen wurde festgestellt, daß durch einseitiges Beschweren der Wagen das Gewicht gefälscht war. Ein Gemüsehändler, der auf der einen Seite unter der Wage ein Anhängeschloß angebracht hatte, wurde festgenommen. Die Revisionen werden fortgesetzt.

* **Godesberg**, 1. Sept. Unterschlagungen. Auf dem hiesigen Postamt wurden große Unterschlagungen, die von einem schon lange Jahre im Dienst befindlichen Oberschaffner seit drei Jahren während des Nachtdienstes verübt wurden, aufgedeckt. In der Wohnung des Beamten fand man noch 930 000 Mark deutsches und eine erhebliche Summe ausländisches Geld vor. Der Beamte wurde verhaftet.

* **Trier**, 1. Sept. Kreistag und Vergnügungssucht. In der Kreistagssitzung verurteilte Dr. Pohl scharf die große Vergnügungssucht bei einem Teil der Jugendlichen. Wenn immer mehr Familien darben und einem großen Teil der Bevölkerung der Hunger drohe, habe niemand das Recht, Verschwendung zu treiben. Er bat um Unterstützung in dem Bestreben, die Vergnügungen durch moralische Einwirkung auf die Jugend einzuschränken. — Dann wurde beschlossen, einen Aufruf des Kreistags an alle Lehrer, Geistliche und Jugendvereinsvorsitzende zu richten. — Beschlossen wurde ferner, ein Darlehn von vorläufig 5 Millionen Mark aufzunehmen zur Förderung der Wohnungsbauten. Dadurch wird es möglich sein, denjenigen, die nach dem 1. April dieses Jahres gebaut haben oder bauen, 23 000 Mark Zuschuß für die Wohnung zu gewähren. An das Staatsministerium soll eine Eingabe gerichtet werden mit der Bitte, für dieses Jahr die Getreideumlage ganz zu erlassen, da der Kreis zwei Jahre hindurch eine Mißernte gehabt habe.

Kunst und Wissen.

* **Der 200. Geburtstag Kants in Königsberg.** Zum 200. Geburtstag Kants, der auf das Jahr 1924 fällt, werden, wie die Frankf. Ztg. meldet, jetzt schon umfassende Vorbereitungen getroffen. Die Stadt Königsberg, die Geburtsstadt des Philosophen, will den Streit über die Grabstätte Kants endgültig beilegen. Die Gebeine sollen an ihrem gegenwärtigen Orte verbleiben. Die baufällige Kapelle an der Außenseite des Domes wird durch einen Bau ersetzt, der für die Dauer befriedigen soll. Zu diesem Zwecke wird die Stadt ein Preisausschreiben veranstalten, an dem sich alle Architekten Deutschlands beteiligen können. In der alten Universität, nahe bei der Grabstätte Kants, wird die Stadt Königsberg ein Kantzimmer mit Kantreliquien einrichten. Die Beteiligung der Universität wird vornehmlich wissenschaftlicher Natur sein. Die Ortsgruppe Königsberg der Kantgesellschaft wird zum Geburtstag mit einer Zusammenstellung von Bildnissen Kants an die Oeffentlichkeit treten. In erster Linie sollen Originalbildnisse gesammelt und in künstlerisch einwandfreier Weise reproduziert werden. Eine zu diesem Zweck gebildete Kommission hat mit dem Sammeln bereits begonnen. Ihr gehört als künstlerischer Beirat Prof. Heinrich Wolff von der Kunstakademie Königsberg an. In zweifelhaften Fällen wird die Originalität dokumentarisch oder wissenschaftlich festgestellt werden. Geplant ist auch die Reproduktion des Abgusses von Kants Schädel und der Totenmaske. Vor der Veröffentlichung gilt es, eine Reihe von Fragen zu lösen, unter anderem: Wohin ist Collins Modell der Büste Kants für die Schloßbibliothek zu Königsberg gekommen? (Die Büste selbst ist nicht fertig geworden). Auf welcher Zeichnung Schnorrs beruht Banses bekannter Stich? Als Kunstsachverständiger fungiert Dr. Clasen, ein Schüler von Geh.-Rat Goldschmidt (Berlin). Die Kantgesellschaft hat ihrer Ortsgruppe für diese Arbeit die Summe von 10 000 Mark bewilligt.

* **Hollandpreis des Verbandes der Kunstfreunde in den Ländern am Rhein.** Der durch Rotterdamer Kunstfreunde dem Verband der Kunstfreunde in den Ländern am Rhein zur Verfügung gestellte Preis von Holland wurde dem Düsseldorfer Maler Richard Geßner für sein Bild „Stätten der Arbeit" zuerkannt mit der Bestimmung, daß das Werk nach Schluß der gegenwärtigen großen Kunstausstellung des Verbandes im Wiesbadener Neuen Museum in das Eigentum des Museums Bohmans in Rotterdam übergeht. — Den diesjährigen Ernst-Ludwig-Preis des Verbandes erhielt der in Schwetzingen lebende Bildhauer Otto Schließler für einen Männerkopf in Terrakotta, der an die städtische Gemäldegalerie in Wiesbaden übergehen wird.

Britische Lyrik. Im Verlage der Hengstenbergschen Buchhandlung erscheint demnächst ein Werk „Die moderne britische Lyrik", das unser Mitarbeiter Karl Arns unter Mitwirkung des bekannten Londoner Literaten Paul Selver herausgibt.